

**NEUE IDEEN?
JA, MITTE!**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**





INHALT

Neue Ideen? Ja, Mitte!	4
Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV)	6
Kapitel I: Du in Mitte	8
Wohnst du noch oder lebst du schon?	8
Mitte zum Mitmachen	9
Unsere Jobcenter	10
Für ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben	12
Demographischer Wandel – Chancen für Mitte	13
Grüne Gesundheitspolitik für die Menschen in Mitte	14
VerbraucherInnenschutz: Durchblick mit einem Lächeln	15
Ordnung muss sein!	16
Kapitel II: Unsere Mitte	18
Unsere Umwelt	18
Mitte gestalten	19
Soziale Stadt und Quartiersmanagement	21
Mobil in Mitte	21
Tourismus in Mitte	23
Kapitel III: Wirtschaften in Mitte	25
Für starke Unternehmen in Mitte – vernetzt und erfolgreich	25
Haushalten in Zeiten leerer Kassen	26
Den leeren Kassen auf der Spur	27
Energiewende auch in Mitte	28
Kein Las Vegas in Mitte	30
Kapitel IV: Zukunft in Mitte	32
Früh übt sich: Bildung in Kitas und Kinderläden	32
Starke Schulen für starke Kinder und Jugendliche	33
Weiterbildung und Kultur: dazulernen, sich weiterbilden, Neues erfahren	35
Nicht ohne unsere Jugend!	36
Integration: zuhause in Berlin-Mitte	37
Mitte – Heimat der Vielfalt	38
Sportflächen erhalten und sichern	40
Grün wirkt - eine Bilanz von Stadtrat Stephan von Dassel	42
Unser Team für Mitte	46

NEUE IDEEN? JA, MITTE!

Mitte, das ist der Teil von Berlin, den BesucherInnen aus aller Welt kennen und kennenlernen wollen; Scharen von TouristInnen ziehen zwischen den markanten Bauten und Denkmäler hindurch.

Aber der Charme von Mitte entsteht durch die alten und schönen Berliner Kieze, in denen „janz nomaale“ BerlinerInnen leben und arbeiten, Kieze, die Leben und Arbeiten verbinden, in denen der türkische Lebensmittelhändler direkt neben dem kleinen Schmuckladen liegt. Kieze, in denen neben Studierenden Menschen leben, die auf Hartz IV angewiesen sind, und wo beide Seiten im Alltag auch schon mal rau miteinander umgehen.

Diese Kieze entwickeln sich nicht nur positiv – an manchen Stellen setzt eine bedenkliche Entwicklung ein, zum Beispiel dort, wo immer mehr Spielhallen das einstmals harmonische Zusammenleben zerstören und Menschen dort nicht mehr wohnen wollen. Die Großstadt Mitte weist die schwierigen ebenso wie die wunderbaren Seiten einer stürmischen Entwicklung auf.

In Mitte liegt die spezielle Berliner Mischung wie unter einem Brennglas verdichtet auf engem Raum. Und hier zeigt sich, welche Kraft diese Stadt hat, die unterschiedlichsten Lebensweisen miteinander zu verbinden.

Es gibt viele Menschen, die sich einsetzen für ihre NachbarInnen, die sich engagieren für ihren Kiez, denen es nicht gleichgültig ist, wie das Leben in Mitte gestaltet wird.

Bündnis 90/Die Grünen gehören zu diesen engagierten Mitte-BürgerInnen. Elf von uns haben in den vergangenen fünf Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung Kommunalpolitik gemacht.

Dabei haben sie sich leiten lassen von ihrer Überzeugung, dass BürgerInnen-Beteiligung unverzichtbar ist für gute Kommunalpolitik, schließlich haben die grünen Bezirksverordneten das zuvor selber in den vielfältigen Bürgerinitiativen und Vereinen erfahren, in denen sie sich eingesetzt hatten.

In dieser Broschüre wollen wir Ihnen zeigen, wie das Engagement von Bündnis 90/Die Grünen in dieser Zeit ausgesehen hat, wo wir etwas erreichen konnten und wie sich dadurch die Lebensverhältnisse in Mitte verändert haben.

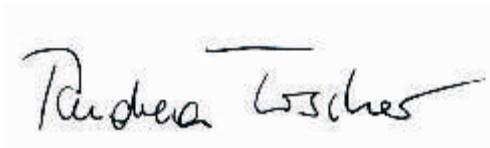
Es kann gar nicht anders sein, als dass selbstverständlich noch viel zu tun bleibt, schließlich verändern sich eine Stadt und ihre EinwohnerInnen täglich. Deshalb zeigen wir Ihnen in dieser Broschüre auf, wo wir handeln müssen und was unsere Vorstellungen davon sind, wie man Probleme anpackt.

Dabei lassen wir uns leiten von einem Bild von einer solidarischen und offenen BürgerInnen-Gesellschaft, in der jede/r Einzelne selber verantwortlich für sich und sein oder ihr Leben ist, aber auch darauf zählen darf, dass die Gemeinschaft für ihn oder sie da ist, wenn es alleine nicht geht.

Ziel der Politik ist es, auch in Zukunft in Berlin-Mitte ein sicheres soziales Netz zu haben, in dem sich der oder die Einzelne nicht verfängt, sondern das hilft, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Ein soziales Netz, dessen Knoten auch von der vielfach engagierten Bürgerschaft geknüpft werden. In einer Stadt, die ihre grünen Erholungsflächen wertschätzt und schützt und die darauf achtet, dass die lebhafteste Bautätigkeit dieses Grün nicht erstickt.

Das ist ein anspruchsvolles Ziel – aber wir Bündnisgrüne nehmen diese Aufgabe beherzt an. Berlin-Mitte ist der Ort, an dem wir gerne leben, hier wollen wir gemeinsam mit Ihnen die Zukunft gestalten.

Mit herzlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink that reads "Andrea Fischer". The signature is written in a cursive style with a horizontal line above the name.

Andrea Fischer
Bürgermeisterkandidatin

DIE BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG – WAS IST DAS?

Bei dieser Frage werden wohl viele mit den Schultern zucken. Eigentlich schade, denn sie ist das wichtigste Instrument zur Teilhabe an bezirkspolitischen Entscheidungsprozessen.

Eine Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist ein „Bezirksparlament“. Was der Bundestag für die Bundesrepublik und das Abgeordnetenhaus für das Land Berlin ist, das ist die BVV für die Bezirke von Berlin.

Wie wird die BVV gewählt?

BVV-Wahlen sind an die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gebunden. Gewählt werden KandidatInnenlisten einer Partei. Entsprechend ihrem Wahlergebnis erhalten die Parteien dann Sitze in der BVV. Eine Wahlperiode dauert fünf Jahre, falls sich das Abgeordnetenhaus nicht früher auflöst.

Wie setzt sich eine BVV zusammen?

Eine BVV besteht aus 55 Bezirksverordneten und eine Fraktion aus mindestens drei Bezirksverordneten der gleichen Partei oder Wählergemeinschaft. Spannend wird es, wenn ein Fraktionsmitglied seine Fraktion verlässt. Es ergeben sich drei Möglichkeiten:

1. Ausscheiden aus der BVV; für die Fraktion kommt ein Nachrücker in die BVV.

2. Weiterarbeit als Einzelverordnete/r ohne Fraktionszugehörigkeit.
3. Fraktionswechsel, wodurch sich neue Mehrheiten in der BVV ergeben können.

Was sind die Aufgaben der BVV?

Die BVV macht keine „Weltpolitik“, auch wenn der eine oder andere Redebeitrag in den Sitzungen dies vermuten lässt. Funktionsweise und Aufgaben der BVV sind im Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) festgelegt:

1. Verwaltung kontrollieren

Dem Bezirksamt und der Verwaltung wird auf die Finger geschaut und gegebenenfalls auch „geklopft“.

2. Verwaltungshandeln anregen

Ideen und Anträge werden in die BVV eingebracht. Findet ein Antrag eine Mehrheit, erfolgt ein BVV-Beschluss, und das Bezirksamt hat entsprechend zu handeln. Wenn das Bezirksamt einen BVV-Beschluss nicht umsetzt, muss es eine schriftliche Begründung abgeben.

3. Bezirksamtsbeschlüsse aufheben und ersetzen

Fasst das Bezirksamt Beschlüsse, die dem Willen der BVV widersprechen, kann die BVV diese Beschlüsse aufheben und durch andere Beschlüsse ersetzen.

BVV und Bezirksamt

Die BVV wählt den/die BürgermeisterIn und fünf weitere StadträtInnen für das Bezirksamt. Bei der BürgermeisterIn-Wahl können die Parteien Koalitionen schließen. Darum stellt die stärkste Fraktion nicht immer den/die BürgermeisterIn. Das Bezirksamt legt seine interne Ressortzuständigkeit selbstständig fest.

Wie arbeitet die BVV?

Die BVV beschließt eine Geschäftsordnung (GO), in der die politische Alltagsarbeit geregelt ist. Die Bezirksverordneten können Anfragen stellen, um Sachverhalte zu thematisieren, und sie können Anträge stellen und Beschlüsse fassen, die dem Bezirksamt Handlungsempfehlungen geben.

Die BVV tagt zumeist einmal im Monat. Da nicht alle Fachfragen in großer Runde zu klären sind, erfolgt die inhaltliche Diskussion in den Fachausschüssen, die anteilig mit Mitgliedern aller Fraktionen besetzt sind. Die Ausschüsse tagen ebenfalls meist monatlich und öffentlich.

Wie können BürgerInnen mitmachen?

In vielen Fachausschüssen besteht die Möglichkeit, als Bürgerdeputierte (BüDeps) mitzuarbeiten. BüDeps sind sachkundige BürgerInnen, die unabhängig von einer Parteizugehörigkeit von

Zahlen und Fakten:

Bevölkerung: 333.437
Einwohner je ha: 84
Beschäftigte des Bezirksamts: 2946
Haushalte: 194.000 (ohne Wohnheime)
Durchschnittsalter: 39,5 Jahre
Ausländeranteil: 27,3 %
SGB-II-Quote: 29,2 %
SGB-II-Quote Kinder unter 15: 52,7 %

den Fraktionen vorgeschlagen und von der BVV gewählt werden. BüDeps sind Ausschussmitglieder mit Rede- und Stimmrecht.

Um als BürgerIn ein Anliegen in der BVV öffentlich anzusprechen, kann die BürgerInnen-Fragestunde der BVV genutzt werden.

Und seit 2005 gibt es BürgerInnen-Begehren und BürgerInnen-Entscheide, um das Bezirksamt dazu zu bringen, sich mit einem Anliegen auseinanderzusetzen.

Noch Fragen?

Haben Sie noch weitere Fragen? Rufen Sie uns einfach an oder kommen Sie persönlich vorbei. Dann erklären wir Ihnen den rechtlichen und organisatorischen Rahmen der Bezirkspolitik gerne noch detaillierter.

KAPITEL I: DU IN MITTE

Wohnst du noch oder lebst du schon?

Der Werbeslogan klingt flott. Mit dem wirklichen Leben vieler MieterInnen und Wohnungssuchender in Mitte hat er allerdings nichts zu tun. Wohnungen zu bezahlbaren Preisen sind in Mitte kaum noch zu finden. Die Neuvermietungspreise lagen in den letzten Jahren durchschnittlich um 15 Prozent über den vorhergehenden Mieten – ohne dass die Einkommensentwicklung mit den Mietpreissteigerungen Schritt gehalten hätte.

Wir sehen die Politik in der Pflicht sicherzustellen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen eine angemessene Wohnung finden. Mietpreissteigerungen, Umwandlung in Eigentumswohnungen oder Ferienwohnungen und Abriss von Wohnraum entziehen dem Markt den passenden Wohnraum. Als Ersatz müssen irgendwann neue Wohnungen errichtet werden.

Wir wollen eine Wohnungspolitik, die zu einer sozialen Mischung der Quartiere beiträgt. Unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus fordert seit Langem, sich an Städten wie Hamburg und München ein Beispiel zu nehmen und die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verbieten, MieterInnen durch soziale Erhaltungsverordnungen vor Luxusmodernisierung oder Umwandlung in Ferienwohnungen zu schützen und ein Vorkaufsrecht des Bezirks oder der Stadt durchzusetzen.



Luxussanierungen verhindern.

Auch das Bezirksamt Mitte nutzt seine Möglichkeiten gegen die wachsende Wohnungsnot nicht. Bereits kurz nach der Jahrtausendwende hatte die grüne Baustadträtin Dorothee Dubrau auf die Problematik der Umwandlung in Ferienwohnungen hingewiesen. Ihre Initiativen hatten vor Gericht aber keinen Bestand.

Seit Juni 2010 gilt endlich eine neue Betriebsverordnung, nach der alle Gebäude mit mehr als zwölf Betten in Ferienwohnungen als Beherbergungsstätten einzustufen sind und die strengen Anforderungen an einen Hotelbetrieb einschließlich Brandschutz und Fluchtwege erfüllen müssten. Viele der geschätzten 10.000 Ferienwohnungen in der Innenstadt erfüllen diese Forderung nicht. Ob die fälligen Steuern für sie entrichtet werden, ist fraglich.

Trotzdem hat der SPD-Stadtrat erst auf öffentlichen Druck ein einziges Pilotverfahren gestartet, bei dem der Eigentümer

dem Bezirk mitteilen soll, welche Wohnungen als Ferienwohnungen genutzt werden. Auch die Prüfung des Brandschutzes in Ferienwohnungen schiebt das Bezirksamt auf die lange Bank. Ein grün geführtes Bezirksamt wird eine solche Verschleppungstaktik nicht mitmachen, sondern die wenigen bezirklichen Möglichkeiten für aktiven Mieterschutz konsequent nutzen.

Das gilt auch für Sozialwohnungen, deren Mieten nach Auslaufen der Anschlussförderung vielfach höher sind als auf dem freien Markt. Zwar wurden in Mitte noch keine Horrorkaltmieten von 13 bis 15 Euro erhoben.

Aber auch in unserem Bezirk drohen unbezahlbare Kostenmieten, die dem ursprünglich teuer finanzierten sozialen Zweck zuwiderlaufen. Ein grün geführtes Bezirksamt wird in solchen Fällen bei der zuständigen Investitionsbank die reale Kostenmiete erfragen. Denn diese muss Grundlage der Miethöhe sein und nicht

fiktive Darlehen, für die im Zweifelsfall nur die öffentliche Hand geradestehen muss.

Zu einer aktiven und vorausschauenden Wohnungspolitik gehört, dass der Senat seine Grundstücke und Liegenschaften so einsetzt, dass sie ihren Beitrag für ein soziales Mietniveau in Berlin leisten. In der Vergangenheit wurden bei der Vergabe von Objekten und Grundstücken Genossenschaften oder andere sozial orientierte Bauherren – oft gegen den Widerstand des Bezirks! – benachteiligt. Wir unterstützen alternative Wohnprojekte, weil sie eine wichtige soziale und kulturelle Funktion für den Kiez und die Stadterfüllen.

Eine solche Politik und eine Politik, in der Wohnungsbaugesellschaften in neuen Wohnungsbestand investieren oder das Land zwangsversteigerte Objekte erwirbt, rechnet sich. Nicht nur für die MieterInnen im Land Berlin, sondern auch für das Land Berlin selbst.

Mitte zum Mitmachen

Demokratie fällt nicht vom Himmel und ist auch nicht das Geschäft der Berufspolitiker. Im Gegenteil, sie wächst von unten und sie lebt vom Mitmachen aller Bürgerinnen und Bürger! Im Quartiersrat, in vielen engagierten Initiativen, in einer Bürgerstiftung wie beim Mauerpark oder in Schüler- und Elternvertretungen

bringen sich viele Menschen jeden Tag ein und machen selbst Politik. Denn sie wollen im Kiez teilhaben und mitbestimmen. Wir machen uns deshalb stark für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr direkte Demokratie. Grün steht für eine neue politische, eine neue demokratische Kultur.

Die Diskussion um die Bebauung am Mauerpark zeigt, dass bei der Stadtplanung die Beteiligungsmöglichkeiten für die AnwohnerInnen ausgebaut werden müssen. Beteiligung muss schon vor der offiziellen Planung beginnen, die Menschen vor Ort aktiv einladen und im Ergebnis sichtbar sein.

Wir möchten Ihnen in Mitte viele verschiedene Formen anbieten, Ihren Bezirk mitzugestalten: Mitreden in Ausschüssen, eigene Entscheidungen über das Programm in Jugendeinrichtungen, aber auch Mitentscheiden, wofür das Geld im Bezirk ausgegeben wird. Berliner Bezirke wie Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg zeigen mit ihren Bürgerhaushalten: Die Ergebnisse sind besser, wenn die BewohnerInnen bei der bezirklichen Ausgabenpolitik mitentscheiden können. Deshalb setzen wir uns für einen Bürgerbeteiligungshaushalt auch in Mitte ein.

Fürs Mitmachen im Bezirk braucht es die nötigen Informationen. Gleichberechtigt mitmachen kann nur, wer rechtzeitig vorher Informationen zu politischen

Plänen und Entscheidungen erhält. Zusätzlich zu vorgeschriebenen Wegen wie Amtsblatt und Zeitungen sollten Informationen auch auf andere Weise zu den potentiell Interessierten kommen: als Aushang an der Haustür oder an Infoständen, aber natürlich auch in digitaler Form auf leicht verständlichen und barrierefreien Internetseiten, mit Möglichkeiten des elektronischen Einspruchs und themenbezogenen Newslettern. Mitte soll im Gespräch bleiben mit seinen BürgerInnen.

Eine Erweiterung der Möglichkeiten ist nicht zuletzt für Jugendliche und MigrantInnen gefordert, denn sie dürfen sich bis jetzt nur eingeschränkt beteiligen. Wer noch nicht 16 ist oder außerhalb der EU-Grenzen geboren wurde, ist bisher nicht dabei. Deshalb streiten wir für ein kommunales Wahlrecht aller Menschen, die seit längerem in Mitte leben. Und Jugendbeteiligung muss eine Form bekommen, die Jugendliche selbst wollen und mit der sie tatsächlich etwas bewirken können.

Unsere Jobcenter

Stellen Sie sich vor, in Mitte wären statt jetzt 80.000 nur noch 40.000 Menschen auf die Unterstützung des Jobcenters angewiesen. Mitte und insbesondere die Ortsteile Wedding, Gesundbrunnen und Moabit wären kaum wiederzuerkennen.

Viele Probleme, die diese Ortsteile jetzt charakterisieren, wären verschwunden – weil Menschen wieder Arbeit gefunden hätten. Keine Frage: Die Zukunft des Bezirks Mitte und seiner BewohnerInnen hängt von der Qualität und dem Erfolg der Arbeit im Jobcenter Mitte ab.



In der Vergangenheit ist das Jobcenter Mitte dieser verantwortungsvollen Aufgabe nur zum Teil gerecht geworden. Eine konfuse Rechtslage, sich ständig verändernde Vorgaben der Bundesregierung und jahrelang fehlendes Personal haben die Arbeit des Jobcenters erschwert. Hinzu kamen organisatorische Unzulänglichkeiten und Führungspersonal, das seine Rolle nicht ausgefüllt hat. So wurden im Jahr 2010 fast 17 Millionen der 100 Millionen Euro, die für Arbeitsfördermaßnahmen vorgesehen waren, nicht ausgegeben.

Das drohte sich im Jahr 2011 zu wiederholen. Doch dank des neuen Geschäftsführers wurden endlich die vielen konstruktiven Vorschläge der Kommune angenommen und umgesetzt. Denn auch für die Arbeitsmarktpolitik gilt: Beschäftigungspolitisch sinnvoll und kommunalpolitisch sinnvoll ist kein Gegensatz.

Trotz aller Hürden und rechtlichen Beschränkungen haben grüner Stadtrat und grüne BVV-Fraktion in der Vergangenheit weitere wichtige Impulse für eine bessere Arbeit des Jobcenters gegeben. So wird das Jobcenter Mitte zukünftig in vier leichter erreichbare Standorte aufgeteilt. Dadurch soll das Jobcenter persönlicher und der Weg dorthin kürzer werden.

Auch die intensivere Betreuung von Jugendlichen vor und nach dem Schulabschluss, Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen, das inzwischen gut arbeitende Kundenreaktionsmanagement mit einem elektronischen Beschwerdeformular sowie eine deutlich verbesserte Internetseite wären ohne grünes Engagement nicht realisiert worden.

Doch letztendlich zählt vor allem eines: wie viele Menschen durch geeignete Beschäftigungsmaßnahmen, Fortbildungen oder Vermittlungsvorschläge wieder in Arbeit kommen. Die Qualität der Beratung und die Vorschläge für einen Weg zurück in den Arbeitsmarkt sind dabei entscheidend. Das Jobcenter Mitte verfügt über genug Geld, Personal und Kompetenz, um den arbeitsuchenden Menschen mehr als bisher die notwendigen und passenden Hilfen zu geben.

Dies gilt auch für die rund 20.000 sogenannten Ergänzter: Menschen, die in Vollzeit oder Teilzeit arbeiten und trotzdem auf das Geld des Jobcenters angewiesen sind. Das Jobcenter darf bei Dumpinglöhnen und Missachtung von Tarifrechten nicht wegschauen. Es muss den Betroffenen helfen, ihre Rechte durchzusetzen oder eine gerecht ent-

lohnte Arbeit zu finden. Auch um die große Zahl der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund muss sich das Jobcenter zukünftig besser kümmern. Noch kommen sie bei der Arbeitsförderung zu kurz.

Seit dem 1. Januar 2011 sind die Jobcenter rechtlich noch selbstständiger geworden. Trotzdem werden sich grüne Bezirksratsmitglieder und die grüne BVV-Fraktion weiter einmischen und das Jobcenter nicht aus seiner Verantwortung entlassen: für die arbeitsuchenden Menschen in Mitte und damit für die Zukunft unseres Bezirks!

Für ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben

Alt sein und das Leben genießen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Gesellschaft sicherzustellen, dass das kein Widerspruch ist. SeniorInnen müssen ohne Einschränkung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dabei wollen wir die „aktiv Alternden“ unterstützen. Wer Pflege und Versorgung braucht, muss sie auch bekommen. Deshalb werden wir in den Pflegeeinrichtungen im Rahmen unserer Möglichkeiten die Rechte der Bewohnerbeiräte stärken. Wir wollen dafür sorgen, dass die

Regeln der Personalverordnung in der Pflege eingehalten werden und der Verbraucherschutz auch für Pflegeleistungen gilt. Es geht um das tägliche Leben älterer Menschen, und wir müssen alle Kontrollmöglichkeiten nutzen, um für die Einhaltung hoher Standards zu sorgen.

Ältere Menschen sollen selbstbestimmt leben. Mit dem Seniorenmitwirkungs-gesetz können sie sich politisch und gesellschaftlich einfach und zielgerichtet

einbringen. Wir werben aktiv dafür, von diesen Möglichkeiten auch Gebrauch zu machen. Zum Erhalt der Lebensqualität und der gesellschaftlichen Teilhabe gehört die Mobilität. Selbstbestimmung heißt auch, dass SeniorInnen sich sicher und ohne große Umstände in der Stadt bewegen können. Wir wollen die vorhandenen Mobilitätsdienste erhalten und durch nachbarschaftliche Hilfen ergänzen.

Die Pflegestützpunkte sind Anlaufpunkte für medizinische, pflegerische und finanzielle Fragen. Wir brauchen zusätzliche kieznahe Stützpunkte, um die Menschen in ihrem persönlichen Umfeld unterstützen zu können. Auch MigrantInnen werden älter. Deshalb müssen alle Angebote mehrsprachig sein, mit entsprechenden Wegweisern und Beschilderungen. Und natürlich müssen die Stützpunkte barrierefrei erreichbar sein, sonst können sie ihren Zweck nicht erfüllen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Sozialkommissionen modernisieren und ihre Arbeit gesellschaftlich noch stärker anerkannt wird. So werden z. B. aufsuchende Hilfe und präventive Hausbesuche möglich, bei denen es um Gesundheitsvorsorge, Vermittlung sozialer Kontakte und ambulante Hilfe geht – damit auch ältere Menschen genau so und genau dort leben können, wo sie es möchten.



Jung und Alt gehören zusammen.

Demographischer Wandel - Chancen für Mitte

Der Anteil junger Menschen in Mitte ist höher als in anderen Bezirken, doch auch in Mitte werden immer mehr Menschen immer älter. Wir wollen eine generationengerechte Gesellschaft schaffen, indem wir durch ein gemeinschaftliches Denken und Handeln für ein gutes Zusammenleben von Jung und Alt in Mitte sorgen. Als Bürgerinnen und Bürger müssen wir uns auf die veränderten Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten unserer Mitmenschen einstellen. Aber

Politik und Verwaltung müssen die passenden Konzepte für die Zukunft entwickeln, denn dieser Wandel betrifft alle Lebens- und Arbeitsbereiche gleichermaßen.

Bei unserem Zukunftsforum im Herbst 2010 haben wir zusammen mit den BürgerInnen über die Folgen des demographischen Wandels diskutiert und überlegt, welches die wichtigsten und drängendsten Fragen sind. Wir

wollen, dass Menschen in jedem Alter ihr Leben selbst gestalten und so leben können, wie sie es möchten. Dazu brauchen wir bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum – auch mit einer knappen Rente sollen Menschen dort bleiben können, wo sie ihr ganzes Leben gelebt haben. Treppen und enge Zugänge vertragen sich schlecht mit Gehhilfen.

Selbstbestimmt wohnen heißt Hilfe, die man braucht, passgenau und verlässlich zu Hause zu bekommen. Menschen, die Unterstützung brauchen, müssen über die Hilfen informiert werden – nur so kommen Bedarf und Angebot zusammen.

Die Hilfe im Alltag muss nicht immer vom Staat kommen. Das Zusammenleben jüngerer und älterer Menschen unter

Grüne Gesundheitspolitik für die Menschen in Mitte

Gesundheit darf kein Luxus sein und kein Privileg von Besserverdienenden. Gute Gesundheitspolitik heißt Gesundheitsförderung: Es ist besser, Krankheiten und Fehlentwicklungen von vornherein zu vermeiden, als sie nachher zu bekämpfen. Und das muss schon bei den Kindern beginnen.

Bündnis 90/Die Grünen haben erreicht, dass die sogenannte Beratungsstelle für Risikokinder im Bezirk Mitte erhalten bleibt, die einzige dieser Art in Berlin. Hier erhalten Eltern von Kindern mit Entwick-

einem Dach macht es möglich, sich gegenseitig zu helfen. Wir unterstützen solche Wohnformen. Auch Kieztreffpunkte für alle Generationen mit attraktiven Angeboten fördern das Miteinander und bieten Raum für Begegnung und Aktivitäten. Das aktiviert und verstärkt nachbarschaftliche Unterstützung.

Auch vor der Wohnungstür muss man sich unbeschwert und eigenständig bewegen können. Dazu gehört, dass Bus, Tram und Bahn in der Nähe sind und die täglichen Einkäufe ohne großen Aufwand und viel Anstrengung gleich im Kiez erledigt werden können. Das wollen wir bei unserer Stadtentwicklungspolitik und der Verkehrsplanung berücksichtigen.

lungsstörungen Beratungsangebote. Auch die zwei Beratungsstellen für Sexuelle Gesundheit und Familienplanung in Mitte wären ohne unsere Initiative in der BVV nicht denkbar.

Solche Beratungs- und Hilfsangebote werden nur angenommen, wenn sie für die Menschen gut erreichbar sind. Wir setzen uns weiterhin für wohnortnahe Gesundheitseinrichtungen ein, denn sie wirken am besten.

Für Kinder, Erwachsene, Ältere und Menschen mit Behinderung ist Barrierefreiheit eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen für alle ungehinderten Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden, wie Rathaus, Bibliotheken, Schwimmbädern, Sportstätten und Spielplätzen. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind längst vorhanden, doch Senat und Bezirksamt in Mitte lassen dieses wichtige Thema immer noch links liegen. Gesund leben soll Spaß machen. Wir wollen die Menschen dabei unterstützen, gesund zu bleiben. Auf unsere Initiative hat das Bezirksamt Gesundheitsziele für den Bezirk vorgelegt.

Die bezirklichen Gesundheitsmaßnahmen wollen wir noch stärker an den konkreten Bedürfnissen ausrichten: Kinder, Frauen und Männer brauchen keine Einheitsprogramme, sondern Lösungen für ihren (Gesundheits-)Alltag.

Durchblick mit einem Lächeln

Transparenz ist die Voraussetzung für Verbraucherschutz. Wir haben ein Recht zu wissen, ob Restaurants und Imbisse und andere Firmen, die Lebensmittel verarbeiten, die vorgeschriebenen Hygiene-Standards einhalten.

Durch die Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) 2008 wurde dafür die gesetzliche Grundlage geschaffen. Im Bezirk Pankow hat der grüne Bezirksstadtrat Jens-Holger



Barrierefreiheit macht mobil.

Und was für die Menschen gilt, trifft auch für die Quartiere zu: Weil sie so unterschiedlich sind, ist eine sozialraumorientierte Gesundheitspolitik gefordert, die berücksichtigt, was in welchem Kiez besonders wichtig ist. Das wollen wir im Dialog mit Quartiersmanagement, Projekten und Initiativen vor Ort vorantreiben.

Kirchner das „Smiley-System“ für Gaststätten eingeführt: Wer „sauber“ ist und die amtliche Kontrolle besteht, kann das nach außen zeigen und einen Smiley in sein Schaufenster kleben.

Zudem werden die überprüften Betriebe vom Bezirksamt im Internet auf einer Liste veröffentlicht – auch die Betriebe, die bei den Kontrollen des Bezirks negativ aufgefallen sind. Diese Art des Verbraucherschutzes hat sich rechtlich und

praktisch bewährt und wird von den VerbraucherInnen sehr positiv gesehen. Wir wollen auch in Mitte allen Menschen die Möglichkeit geben, die hygienischen Verhältnisse in Lebensmittelbetrieben und Gaststätten leicht zu erkennen. Deshalb haben wir schon 2009 das Smiley-System in Mitte beantragt.

Die BVV hat unseren Antrag zunächst verschoben, um auf die Auswertung des Systems in Pankow zu warten. Anfang 2010 wurde er von den anderen Parteien abgelehnt, da der Senat die Smileys landesweit einführen wollte. Jetzt wartet der rot-rote Senat auf ein bundeseinheitliches System. Wir wollen nicht mehr warten!

Ordnung muss sein!

Hundekot, Lärm, Müll auf Straßen und Grünanlagen. Wer die BerlinerInnen fragt, was sie am meisten in ihrer Stadt stört, bekommt seit Jahren die gleichen Antworten. Doch viele Unzulänglichkeiten verhindern, dass die MitarbeiterInnen des Ordnungsamtes ihren Ordnungsauftrag erfüllen können. Beispiel Hundekot: Hier brauchen wir dringend eine berlinweite Verschärfung der entsprechenden Regelungen und Geldstrafen, denn bis jetzt ist das Problem ungelöst.

Das Ordnungsamt Mitte hat seit Jahren viel zu wenig Personal. Im allgemeinen Ordnungsdienst, das heißt außerhalb der Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung, verfügt das Bezirksamt Mitte nur über 30

Wir wollen den EinwohnerInnen von Mitte und den vielen BesucherInnen die Möglichkeit geben, sich über die hygienischen Verhältnisse von Restaurants, Bäckereien oder Imbissen schnell und einfach zu informieren. Gewerbetreibende, die „sauber“ arbeiten, wollen wir mit Positiv- und Negativ-Listen im Internet einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Wir wollen auch prüfen, ob sich das System für andere Bereiche eignet, bei denen es auf Hygiene, Sauberkeit und Gesundheit ankommt. Denn Durchblick ist der beste Verbraucherschutz.

MitarbeiterInnen. Angesichts einer täglichen Dienstzeit von 6.00–22.00 Uhr, Urlaub und Krankheit schauen oft nur vier Streifen vor Ort nach dem Rechten und ahnden Ordnungswidrigkeiten – zu wenig für unseren großen Bezirk.

Seit Jahren verhindert der rot-rote Senat aber, dass die Bezirke fehlendes Personal einstellen können, obwohl die Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten und die Kosten für die Beseitigung von Müll auf den Straßen und Schäden in den Grünanlagen die Personalkosten um ein Vielfaches übersteigen.

Mehr Personal im Ordnungsamt ist daher ein wichtiges Ziel grüner Kommunalpolitik in der kommenden Wahlperiode.

Doch nicht nur der rot-rote Senat verhindert eine effektive Arbeit des Ordnungsamtes. Auch die innere Organisation des Ordnungsamtes ist stark verbesserungswürdig. Die MitarbeiterInnen fahren nach wie vor in jeder ihrer Pausen zum Dienstsitz in der Karl-Marx-Allee zurück. Die Fahrzeit und das häufige Stehen im Stau ist – ungenutzte! – Arbeitszeit. Das Angebot, die Standorte des Straßen- und Grünflächenamtes im ganzen Bezirk zur Pause zu nutzen, wird bisher ohne Angabe von Gründen abgelehnt.

Auch auf Fahrräder verzichtet das Ordnungsamt nach wie vor, obwohl Bündnis 90/Die Grünen einen entsprechenden BVV-Beschluss initiiert hatten und sich viele MitarbeiterInnen insbesondere für die Parks Fahrräder wünschen würden – denn damit kommt man schneller dorthin, wo die Probleme sind.

Die MitarbeiterInnen des Ordnungsamtes müssen aber auch „moralisch“ stärker unterstützt werden. Denn so sehr sich jede/r ein ordnungsgemäßes Verhalten von seinen Mitmenschen wünscht, Kritik am eigenen Verhalten wird oft mit



Gehört hier nicht hin: Müll im Grünen.

Unverständnis und nicht selten mit wüsten Beschimpfungen gegen die „Ordnungshüter“ begegnet. Damit wollen wir sie nicht alleine lassen!

Grüne Ordnungspolitik will all die unterstützen, die ihre Stadt und ihren Kiez lieben. Wir wollen verhindern, dass Menschen die eigenen Ansprüche und die eigene Bequemlichkeit auf Kosten der Nachbarn und Mitmenschen durchsetzen. Zu einem solchen für alle lebenswerten Bezirk kann das Ordnungsamt nur einen kleinen Teil beitragen. Den größeren Teil müssen wir als BürgerInnen selbst erbringen: indem wir uns sozial angemessen verhalten und uns nicht scheuen, das auch von anderen zu verlangen.

KAPITEL II: UNSERE MITTE

Unsere Umwelt

Die Natur und Umwelt im innerstädtischen Umfeld zu erhalten und zu schützen, ist und bleibt eines unserer wichtigsten Ziele. Dabei geht es bei uns im Bezirk Mitte in erster Linie um den Schutz des Baumbestandes, eine qualifizierte Pflege unserer Grünflächen, eine ökologisch ausgerichtete Freianlagengestaltung, eine stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen bei Bauvorhaben und um den Arten- und Biotopschutz auch in der Innenstadt.

Trotz knapper Kassen ist Mitte im Umweltbereich gut aufgestellt, es kann aber noch viel getan werden. Der Bezirk hat zum Beispiel als einer der wenigen Berliner Bezirke eine positive Baumbilanz an Straßen und in Parks aufzuweisen, das heißt, dort wurden mehr Bäume nachgepflanzt als gefällt. Aber es fallen immer noch zu viele Bäume Bauvorhaben zum Opfer, und auch in Mitte sind viele Baumscheiben unbepflanzt. Bei der Neuplanung von Grünanlagen wird der vorhandene Baumbestand häufig zu wenig berücksichtigt und stattdessen am Reißbrett geplant und neu gepflanzt.

Das Thema ist nicht nur uns wichtig. Das Grün in den Straßen und Anlagen ist allen ein Herzensanliegen, das zeigen schon die Proteste gegen Baumfällungen und Baumaßnahmen, bei denen viel Grün



Großstadtdschungel: Wir wollen unser Grün erhalten.

verloren geht. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel hin zu einem schonenden Umgang mit vorhandenen Grünelementen und Bestandsbäumen bei der Planung von Grünflächen. Und wir brauchen einen Mentalitätswechsel hin zu mehr und verbindlicherer Beteiligung der BürgerInnen im Bezirk.

Für den Erhalt des Altbaum- und Grünbestandes am nördlichen Teil des Humboldthafens haben wir uns in der BVV eingesetzt. Wir mussten lange um Unterstützung werben, aber am Ende hat die Mehrheit dem Grün den Vorrang vor einer kompakten Bebauung gegeben. Die dort statt der vorhandenen 40 (!) großen alten Bäume geplante Kunsthalle ist im ehemaligen Blumengroßmarkt in

Kreuzberg besser aufgehoben. Wir wollen den Grundsatz durchsetzen, dass in der Umgebung von Büros, Hotels und anderen Gewerbegebäuden zumindest der Altbaumbestand und ein Platz für eine Grünfläche erhalten bleiben.

Letztes Jahr hat der Bezirk Mitte auf Initiative der bündnisgrünen Fraktion die Deklaration „Biologische Vielfalt in den Kommunen“ unterzeichnet. Der Bezirk hat damit ein klares Bekenntnis zur biologischen Vielfalt als Grundlage unseres Lebens abgegeben. Dieses Bekenntnis muss aber mehr sein als eine Unterschrift. Wir wollen sie als Auftrag nehmen, Maßnahmen für den Natur- und Artenschutz umzusetzen. Stadt- und Freiraumentwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn sie die Wirkungen auf die biologische Vielfalt berücksichtigt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir städtebauliche Konzepte mit einer angemessenen Baudichte und Grünflächen im ganzen Wohnumfeld ent-

wickeln. Es gilt Brachflächen zu sichern und ökologisch aufzuwerten. Auch eine naturnahe Pflege der Grünflächen, der Erhalt von naturnahen Bereichen sowie die Beteiligung der BürgerInnen an Maßnahmen zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind wichtige Maßnahmen.

Und nicht zuletzt fördert eine verstärkte Umweltbildung bereits in Kita und Schule ein dauerhaftes Verständnis für das Grün in der Stadt. Deshalb war es einer unserer wichtigsten Erfolge, das Schul-Umwelt-Zentrum (SUZ) vor der Schließung zu bewahren. Vom Säen über das Ernten bis zum Marmeladekochen: Kinder und Jugendliche erleben dort die Natur hautnah und haben persönliche Erfolgserlebnisse. Das hat Vorbildcharakter und muss ausgebaut werden, genau wie Schulgärten und Kinderbauernhöfe, für deren Finanzierung wir uns seit Langem erfolgreich einsetzen.

Mitte gestalten

Im Bezirk Mitte sind drei ganz unterschiedliche Altbezirke zusammengekommen. Sie unterscheiden sich in ihrer baulichen Gestaltung genauso wie in ihrer sozialer Zusammensetzung. Mitte ist Metropole und Kiez zugleich.

Es gibt die Hauptstadt-City mit ihren Glanzbauten und große Entwicklungsstandorte wie am Hauptbahnhof, es gibt die Wohngebiete aus der Gründerzeit

und es gibt Gebiete mit vielen sozialen Problemen.

Unsere Stadtumbaugebiete wollen wir weiterentwickeln und Konzepte für Sanierungsgebiete umsetzen. Dazu gehört die Herstellung von Barrierefreiheit, denn der demographische Wandel schreitet voran. Mitte braucht bezahlbaren Wohnraum. Den wollen wir mit allen

zur Verfügung stehenden Mitteln sichern. Auch alternative Formen des Zusammenlebens wollen wir unterstützen und erhalten. Diese Ansätze zu einem sinnvollen Ganzen verbinden – das ist die stadtentwicklungspolitische Herausforderung der kommenden Jahre.

Eine Aufgabe der Politik ist es, die wirtschaftliche Ansiedlung von Klein- und Großunternehmen zu unterstützen – ohne die Verpflichtung für eine nachhaltige und bürgerorientierte Stadtentwicklung aufzugeben. Leitlinie bündnisgrüner Politik ist die Verlässlichkeit für BürgerInnen und Investoren.

Eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik muss vielfältige Interessen und finanzielle Zwänge berücksichtigen. Das kann nur im Dialog mit den Betroffenen gelingen.

Jahrelange zermürende Kämpfe um Beteiligungsstrukturen müssen der Vergangenheit angehören. Die BürgerInnen müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, ihre Interessen einzubringen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir ein Konzept für eine wirklich wirksame und demokratische Bürgerbeteiligung entwickeln. Bürgerbeteiligung in Stadtentwicklungsprozessen lebt von der Verbindlichkeit aller Akteure. Gemachte Zusagen müssen eingehalten, notwendige Änderungen nachvollziehbar gemacht werden.

Am Beispiel des umfangreichen Verfahrens um die Fertigstellung des Mauerparks hat sich gezeigt, dass die Betroffenen nicht nur formal beteiligt werden dürfen. Sie müssen auch wirklich Einfluss bekommen. Wir unterstützen weiterhin aktiv die Fertigstellung des Mauerparks und alle konstruktiven Bürgerbeteiligungsformen, die dieses Ziel fördern.

Stadtteilvertretungen und -initiativen sind nicht nur theoretisch wichtig, wir wollen sie tatsächlich ernst nehmen. Bürgernahe Stadtentwicklung muss zu den Menschen gehen und nicht abwarten, ob diese sich irgendwann in ein Amtszimmer des Stadtplanungsamtes verirren, um dort komplizierte Pläne einzusehen.

Mitte muss als Wohn- und Arbeitsort erhalten bleiben. Wir wollen Wohngebiete stärken und vor sozialer Entmischung schützen. Wirtschaftliche Ansiedlungen haben sich den Herausforderungen einer nachhaltigen, ökologischen und an der Herstellung von Barrierefreiheit orientierten Stadtentwicklung zu stellen.

Soziale Stadt und Quartiersmanagement

Ein besonderes Augenmerk liegt in unserem Bezirk auf den Quartiersmanagementgebieten. Damit diese sozialen Brennpunkte wieder eine Perspektive haben, wollen wir dort soziale Stabilität schaffen und Bürgerengagement fördern. Eine Querschnittsaufgabe, die insbesondere die Schul-, Jugend-, Migrations-, Kultur- und Wirtschaftspolitik mit der Stadtentwicklung zur Sozialen Stadt verbinden muss.

In den Quartiersmanagementgebieten gibt es umfangreiche Bürgerbeteiligungsverfahren. Sie müssen auf die Gebiete des „Aktionsraum plus“ erweitert werden. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder mit entsprechenden

Initiativen in der BVV die Stärkung der Rechte der Quartiersräte eingefordert und wollen uns auch zukünftig dafür einsetzen.

Wir wollen die Verfahren zur Förderung der Quartiere fortführen und gemeinsam mit den Quartiersräten gestalten. Die Verwaltung muss ressortübergreifend dazu beitragen, dass sich die Gebiete stadtentwicklungspolitisch und sozial weiter stabilisieren. Das neue Programm „Aktionsraum plus“ wollen wir zusammen mit den BewohnerInnen weiterentwickeln und umsetzen – und die Potentiale unserer Kieze entfalten.

Mobil in Mitte

Für die Lebensqualität ist es besonders wichtig, sich frei bewegen zu können. Das stößt aber auf viele Hindernisse und Probleme. Die einen stört der nächtliche Autolärm, den anderen macht die hohe Bordsteinkante das Überqueren der Straße unnötig schwer.

Der Bezirk hat nicht viel Einfluss auf die Verkehrspolitik. Für die meisten Fragen in Sachen Mobilität ist der Senat zuständig, oder die BVG hat das Sagen. Aber wir wollen auch die wenigen Möglichkeiten nutzen, um Sinnvolles zu erreichen. Und weil das Geld dafür knapp ist, müssen wir



**Dringend gebraucht:
Richtige Fahrradständer**

intelligente und kreative Lösungen finden, um unser Ziel zu erreichen:

Mobilität für alle!

Unser grünes Grundprinzip ist, den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen im Bezirk gerecht zu werden, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, dorthin zu kommen, wo sie hinwollen, und dabei die Natur und die Mitmenschen möglichst wenig zu belasten.

Besonders wichtig ist es uns deshalb, den öffentlichen Nahverkehr und die sogenannte Nahmobilität zu stärken. Tram, Bus und Bahn, zusammen mit Radfahren und Zu-Fuß-Gehen sind die für uns wichtigsten Formen der Mobilität.

Wir haben uns immer dafür eingesetzt, ein flächendeckendes Wegenetz zu schaffen, das die vorhandenen grünen Inseln abseits der Hauptverkehrsachsen verknüpft. Dieses Wegenetz soll es ermöglichen, ohne die Belastungen durch den Straßenverkehr im Bezirk zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs zu sein – schnell und sicher.

Auch die Infrastruktur für RadfahrerInnen wollen wir nachhaltig verbessern. Nicht nur Autos muss man irgendwo parken können, auch für Fahrräder braucht es sichere und radgerechte Stellplätze.



Fährt bald auch nach Moabit und zum Kulturforum.

Wir treten ein für Radfahrstreifen auf der Fahrbahn und für Fahrradstraßen, die für alle sichersten und schnellsten Formen des Radverkehrs.

Immer mehr BerlinerInnen fahren mit dem Fahrrad zur Arbeit oder zum Einkaufen. Und zu Fuß gehen wir alle ständig. Damit diese Belange gegenüber der Verwaltung stärker zum Tragen kommen, wollen wir eine/n bezirkliche/n Beauftragte/n für FußgängerInnen und RadfahrerInnen einführen.

Zu grüner Mobilität gehören auch attraktive öffentliche Verkehrsmittel: Wir sind dafür, die Straßenbahn nach Moabit zu verlängern, wie im grünen Masterplan Tram vorgeschlagen. Dann verbindet sie in unserem Bezirk Ost und West und auf ganz Berlin bezogen die Mitte und den Norden.

Straßen werden auf viele Arten genutzt, nicht nur für den Autoverkehr. Hier wohnen und arbeiten wir, hier spielen Kinder, und hier erledigen wir unsere Einkäufe. Damit das für alle sicher und stressfrei ist, müssen wir aufeinander Rücksicht nehmen.

Zum Wohnen an innerstädtischen Straßen gehört auch der Schutz vor Verkehrslärm. Um für ruhiges Wohnen und sicheren Verkehr zu sorgen, wollen wir jenseits der großen Hauptverkehrsstraßen die Geschwindigkeit in der Regel auf 30 km/h beschränken.

Tourismus in Mitte

Berlin Mitte hat eine ganz besonders boomende Branche: den Tourismus. Im Jahr 2010 ist die Zahl der Übernachtungen allein in unserem Bezirk auf fast 7,5 Millionen angestiegen. Fast ein Drittel aller BesucherInnen übernachtet in unserem Bezirk. Das bringt uns viele Arbeitsplätze, in den Hotels und Restaurants, in Kneipen, Cafés und Clubs, in Kultureinrichtungen und Geschäften. Aber Hostels, Restaurants und touristische Angebote vom Bier-Bike bis zum Pub-Crawl sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor und Jobmotor für Mitte. Das vielfältige Tag- und Nachtleben hat für viele AnwohnerInnen durchaus seine Schattenseiten.

Zu einer Stadt für alle gehört, dass sich in ihr alle Menschen gleichberechtigt bewegen können. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen haben es häufig sehr schwer, sich durch unseren Bezirk zu bewegen. Oft leiden sie unter der Rücksichtslosigkeit anderer. Wild parkende Autos, Verkaufsstände oder zu viele Café-Stühle machen den Bürgersteig für Kinderwagen und Rollstühle zum Hindernisparcours. Wir wollen in unserem Bezirk gleiche Mobilitätschancen für alle Menschen. Meist lässt sich schon mit geringem Einsatz von Mitteln der Straßenraum so gestalten, dass alle Menschen zu ihrem Recht kommen.

Wir wollen die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner genauso berücksichtigen wie die unserer Gäste. Wir wollen einen vernünftigen Ausgleich zwischen Party und Lärmschutz, zwischen EinwohnerInnen und BesucherInnen, zwischen Alltag und Touristenattraktion.

Wir arbeiten dafür, dass Tourismus und ein lebenswerter Bezirk keine unüberwindbaren Gegensätze werden. Gegenden, in denen besonders viele Hotels konzentriert sind, verlieren zunehmend an Qualität für die BewohnerInnen. Die Infrastruktur orientiert sich nur noch an den Bedürfnissen der BesucherInnen, statt Brot gibt es nur noch Postkarten.

Um dieser Monokultur entgegenzuwirken, wollen wir die baurechtliche Zulässigkeit von Hostels in Wohngebieten einschränken. Dann entstehen keine Riesenhostels mehr und keine reinen Hotelkiese. Das dürfte auch die Touristen freuen, denn schließlich wollen sie ja Berlin erleben und keine gesichtslose Hotelstadt.

Im Zentrum unserer Tourismuspolitik steht eine Stadtentwicklung, die sich an den BewohnerInnen orientiert. Immer mehr MieterInnen werden durch immer neue Ferienwohnungen verdrängt. Dem wollen wir entgegenwirken. Dabei können wir von anderen beliebten Großstädten lernen: In Paris zum Beispiel muss für jede eingerichtete Ferienwohnung im selben Quartier eine neue Mietwohnung angeboten werden. Wir wollen, dass man in Mitte Urlaub machen, aber eben auch das ganze Jahr über wohnen, leben und arbeiten kann.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Tourismus umweltverträglicher wird.



Mitte darf nicht nur Postkarte sein.

Deshalb werben wir im Bezirk wie auf Landesebene für ein Ökosiegel für Hotels, Kneipen, Cafés und touristische Angebote. Damit können sich unsere Gäste bewusst für ein nachhaltiges Angebot entscheiden. So kann sich Mitte als Standort für nachhaltigen Tourismus etablieren – und das heiße Duschwasser für die Touristen zukünftig von der Solaranlage des Hoteldachs kommen.

KAPITEL III: WIRTSCHAFTEN IN MITTE

Für starke Unternehmen in Mitte – vernetzt und erfolgreich! —

Mitte ist vielschichtig. Gerade in der Wirtschaftspolitik ist es deswegen fast unmöglich, einen zentralen Ansatz zu finden, der für alle Stadtteile passt.

Auf der einen Seite stehen große Probleme: hohe Arbeitslosigkeit und unzureichende Qualifikation, vor allem in den Stadtteilen Moabit und Wedding. Auf der anderen Seite wächst erfreulicherweise der Anteil der kleinen und mittleren Betriebe. Auch viele junge Start-up-Unternehmen aus der Kreativwirtschaft oder den neuen Medien gehören zum Bild unseres lebendigen, innovativen Bezirks.

Gute Wirtschaftspolitik bedeutet gute Beratung. Wir wollen die im Bezirk schon vorhandenen Angebote für mittelständische Unternehmen nutzungsfreundlicher organisieren.

Kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe mit innovativem Anspruch, zum Beispiel im Bereich Energie, wollen wir gezielter ansprechen. Wir wollen verstärkt darauf drängen, die Angebote der bezirklichen Wirtschaftsförderung zusammenzuführen und auf der Senats- und Bezirksebene zu vereinheitlichen. Ein Beispiel dafür ist der „Technologie- und Innovationspark“ im Wedding, der hervorragende Gewerbeflächen und Beratungsstrukturen bietet.



Arminiusshalle in Moabit

Solche Standorte und Angebote für junge und mittelständische Unternehmen wollen wir vernetzen und besser bekannt machen, zum Beispiel auf der Website des Bezirks.

Wir möchten erreichen, dass sich die relevanten Fachämter des Bezirkes gemeinsam mit dem Gründungs- und Unternehmensservice effektiv organisieren. So können aktive Netzwerke entstehen, die die Betriebe auch nach der Gründungsphase kompetent und nachhaltig beraten.

In Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Betrieben, die von Migranten geführt werden, gelingt eine wirkliche Bestandspflege nur, wenn Kontakte mit den jeweiligen Unternehmen, deren Verbän-

den und Vereinen aufgenommen, dauerhaft verankert und von der kommunalen Politik begleitet werden. Denn Dialog ist ein Hauptbestandteil unserer Wirtschaftspolitik. So können wir die Potentiale aller in neue Arbeitsplätze umsetzen.

Zu den schützenswerten kommunalen Wirtschaftsstrukturen gehört auch der kleinteilige Einzelhandel. Ein Beispiel dafür, das uns besonders am Herzen liegt, ist die Arminius-Markthalle in Moabit. Jahrelang befand sie sich in einem verfallenen Zustand, kaum jemand gab der Halle eine Überlebenschance.

Als im März 2008 die denkmalgeschützte Markthalle zum Verkauf ausgeschrieben wurde, trieb uns die Sorge um, dass hier

ein Discounter oder gar eine Spielhalle einzug halten könnte. Die MarkthändlerInnen, die dort seit Jahren und Jahrzehnten ihre Existenzgrundlage sichern, die Arbeitsplätze und das vielfältige Lebensmittelangebot wären auf einen Schlag verdrängt worden.

Die bündnisgrüne BVV-Fraktion hat das verhindert. Der neue Betreiber der Markthalle hat mit einer behutsamen Sanierung der Halle begonnen und sie im Herbst 2010 unter dem Namen „Zunftthalle“ wiedereröffnet. Mit verstärkter Werbung kann sie zu einem attraktiven Anziehungspunkt in Moabit werden.

Auch in Zukunft werden wir uns für den kleinteiligen und vielfältigen Einzelhandel einsetzen.

Haushalten in Zeiten leerer Kassen

Mehr als 700 Millionen Euro hat der Bezirk Mitte im Jahr 2010 ausgegeben. Mit 530 Millionen gingen mehr als drei Viertel in gesetzlich garantierte Sozialleistungen, für das bezirkliche Personal waren rund 115 Millionen Euro notwendig. Freie Mittel zur politischen Gestaltung und Schwerpunktsetzung standen kaum zur Verfügung, denn von den restlichen 35 Millionen mussten z. B. alle Gebäude unterhalten, die immer höheren Energiekosten abgedeckt, die Kältehilfe und Schuldnerberatung finanziert, Grünpflege betrieben, Planungskosten getätigt und alle anderen bezirklichen Aufgaben bezahlt werden.

Um immer neue Einsparvorgaben des Senats für die Bezirke umzusetzen, mussten in den letzten Jahren immer wieder Einrichtungen im kulturellen, sozialen und schulischen Bereich geschlossen werden. Viel Personal wurde eingespart und Gebäude des Bezirks zum Verkauf an den Liegenschaftsfonds des Landes abgegeben. Statt uns weiter kaputtzusparen, fordern wir seit Jahren die Einführung von Mindeststandards für die Aufgabenerledigung der Verwaltung, die dann aber auch von der Senatsfinanzverwaltung in Gänze finanziert werden müssen.

Denn die Berliner Bezirke sind abhängig von der Zuweisung der Senatsfinanzverwaltung. Über eine vom Senat festgelegte Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) wird errechnet, welchen Anteil jeder Bezirk von der Gesamtsumme für alle Bezirke bekommt. Die Regeln werden so ausgelegt, dass die Bezirke sich in einem Wettbewerb um die niedrigsten Kosten für bezirkliche Leistungen befinden. Die Unterschiede der Bezirke und die Qualität der erbrachten Leistung spielen nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unserer grünen Abgeordnetenfraktion für die Entwicklung eines gerechteren und nachhaltigen Finanzierungssystems ein.

Wenn die Verwaltung auch zukünftig bürgernah, fachkompetent und leistungsbewusst ihre Aufgaben erledigen soll, muss sie dringend verjüngt werden und sich die kulturelle Vielfalt des Bezirks in ihr widerspiegeln. Darum machen wir uns dafür stark, in der Bezirksverwaltung ausgebildete und fähige junge Menschen übernehmen zu können. Tun wir das nicht, wird uns der demographische

Den leeren Kassen auf der Spur

Der Bezirk braucht jeden Cent. Doch es existieren Hunderte von Rechnungen, Bescheiden oder Forderungen, die bisher nicht bezahlt wurden. Leider ist das Bezirksamt Mitte ein allzu geduldiger, fast schon lethargischer Gläubiger. Das brachte eine bündnisgrüne Anfrage ans Licht, die nach den sogenannten offenen

Wandel in den nächsten Jahren kalt erwischen, wenn die erfahrenen Mitarbeiter in Rente gehen.

Trotz dieser widrigen Umstände haben wir uns in den letzten Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, dass Einsparvorgaben nicht zu Lasten der Schwächsten in unserem Bezirk gehen. Von der Schuldnerberatung bis zur Willy-Brandt-Oberschule, von der Kältehilfe und dem Schul-Umwelt-Zentrum bis zu den Erholungsmaßnahmen für Kinder aus armen Familien konnten wir durchsetzen, dass wichtige Einrichtungen von größeren Kürzungen und Schließungen verschont blieben.

In der Investitionsplanung des Bezirks legen wir einen Schwerpunkt auf Investitionen in Schulen und Bildungseinrichtungen. Gerade weil in Mitte drei von vier Stadtteilen im Sozialranking Berlins ganz hinten stehen, müssen wir unsere häuslicheren Schwerpunkte auf Bildungseinrichtungen setzen und unsere soziale Infrastruktur erhalten.

Kassenzeichen, also nicht bezahlten Forderungen des Bezirksamts, fragte. Dabei geht es um viel Geld: Die unbeglichenen Rechnungen summieren sich auf einen zweistelligen Millionenbetrag.

Diese Außenstände muss der Bezirk endlich mit ganzer Energie eintreiben!

Ein Beispiel, das wir in der Bezirksverordnetenversammlung besonders unter die Lupe genommen haben, war eine Rechnung an die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK) über stolze 4,3 Mio. Euro. Die DSK hatte den Auftrag, den Palast der Republik abzureißen. Für ihre Baustelle nutzte sie Flächen des Bezirks mit einer Sondernutzungsgenehmigung. Diese lief 2007 aus, die Flächen wurden aber weiter genutzt – Abriss und Asbestsanierung haben ja bekanntermaßen länger gedauert.

Der Bezirk ließ sich reichlich Zeit, die nun fälligen Gebühren einzutreiben. Als er dann die Rechnung über 4,3 Millionen zustellte, hat sich die DSK zunächst an den Senat gewandt, und der hat die

fällige Zahlung einfach binnen Tagen ausgesetzt! Unser beharrlicher Druck hat jedoch dafür gesorgt, dass es sich der Senat anders überlegt hat. Wir haben dem Bezirksamt Beine gemacht und sind uns sicher, dass die DSK ihre Klage gegen die Gebühren verliert und der Bezirk bald 4,3 Millionen mehr auf dem Konto hat.

Dieser Vorgang macht mehr als deutlich, dass wir Bezirksamt und Senat auch künftig genau auf die Finger schauen müssen, besonders, wenn's ums Geld geht. Wir meinen, dass alle Gebührenschuldner gleich behandelt werden müssen, denn der hoch verschuldete Bezirk benötigt dringend jeden Cent. Ein professionelles bezirkliches Forderungsmanagement muss zukünftig selbstverständlich sein. Wir bleiben dran!

Energiewende auch in Mitte

Berlin und unser Bezirk Mitte sollen Vorbilder für eine klimaverträglichere Stadt werden. Wir wollen ein Klimaschutzkonzept erarbeiten und damit den Klimaschutz in Mitte endlich konsequent angehen. Dabei müssen wir das Rad nicht neu erfinden, sondern können auf den Erfahrungen anderer Bezirke und Kommunen aufbauen. Unser Ziel ist es, den Energieverbrauch und damit den CO₂-Ausstoß in Mitte zu senken. Das ist unser Beitrag vor Ort für den Klimaschutz weltweit.

Bis jetzt ist Mitte kein Vorbild: Die am schlechtesten sanierten Häuser im Bezirk

sind ausgerechnet öffentliche Gebäude. Hier wollen wir ran! Bessere Energieeffizienz ist unsere Leitlinie bei der Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Gebäude und Infrastruktur. Die von unserer BVV-Fraktion initiierte Energiepartnerschaft für fast alle öffentlichen Schulen zeigt: Es geht auch ohne eigene Millioneninvestitionen. Der Bezirk darf dabei aber nicht – wie beim aktuellen, vom damaligen CDU-Stadtrat schlecht ausgehandelten Vertrag – allein das finanzielle Risiko tragen. Von Gebäuden mit Wärmedämmung und effizienter Heizung profitieren wir alle. In solchen Gebäuden arbeitet und lernt es sich



besser. Im Moment verschwendet der Bezirk viel Energie – und damit auch viele knappe Haushaltsmittel. Wir wollen die Steuergelder nicht länger durch den Schornstein und undichte Fenster jagen.

Es gibt zurzeit so viele und so umfangreiche Förderinstrumente für Kommunen

wie noch nie. Aber leider nutzt das Bezirksamt bis jetzt keineswegs alle. Unsere Fraktion hat in Mitte mit zahlreichen Anträgen (zum Beispiel „Einsparung von Energie, Abfall und Wasser für Schulen wieder attraktiv machen“ oder „Umweltentlastungsprogramm endlich auch in Mitte nutzen“) versucht, dieses Defizit zu beheben und die energetische Sanierung endlich flächendeckend in Gang zu bringen.

Sanierung muss geplant werden. Wir wollen im Haushalt deshalb für die energetische Gebäudesanierung zweckgebundene Mittel für energetische Untersuchungen einstellen, um damit jedes Jahr mindestens 3-4 Liegenschaften planerisch vorzubereiten. Denn nur mit einem solchen Vorlauf kann die gegen Null (wirklich: 0!) gesunkene Investitionsquote für energetische Sanierungen angehoben werden.

Um die Kosten möglichst niedrig zu halten, sollen diese Planungen in enger Zusammenarbeit mit Fachverbänden, örtlichen Unternehmen und Bildungseinrichtungen ausgearbeitet werden. Auf diese Weise hätten wir jederzeit ausführungsfähige Unterlagen parat, um alle Förderprogramme zu nutzen und Gebäude zügig sanieren zu können.

Mitte kann aber nicht nur Energie sparen, sondern auch selbst Energie erzeugen. Doch im Gegensatz zu anderen Bezirken wurden in Mitte alle Initiativen für

Solaranlagen auf bezirklichen Dächern abgelehnt und verhindert. Mit dieser bornierten Verweigerungshaltung muss endlich Schluss sein. Dann schützen wir nicht nur das Klima, sondern eröffnen auch neue wirtschaftliche Chancen und schaffen neue Arbeitsplätze im Handwerk – auch im Bezirk Mitte.

Neue Energie hat viele Formen. Wir wollen, dass der Strom für die öffentlichen Gebäude vor allem aus erneuerbaren Quellen (oder, wo sinnvoll, aus Kraft-Wärme-Kopplung) stammt. Auch kreative Maßnahmen – von Bürgersolaranlagen

bis hin zu Sachspenden (z. B. Fenstererneuerungen an Schulen) von lokalen Handwerksbetrieben – wollen wir umsetzen und fördern.

Energiesparen ist kein Selbstzweck. Die Einsparungen reduzieren die Ausgaben für den Bezirkshaushalt. Nur die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in allen Handlungsfeldern kann zukünftigen Generationen noch Gestaltungsspielraum bieten.

Kein Las Vegas in Mitte

Wo früher ein Bäcker war, ist jetzt eine Spielhalle. Wo früher ein Buchladen war, ist jetzt ein Wettbüro. Wo früher Strümpfe verkauft wurden, ist jetzt ein Automaten-Casino. Im ganzen Bezirk und besonders im Wedding und in Moabit und Tiergarten boomt seit Jahren eine Branche: Spielhallen und Wettbüros reihen sich nicht nur in Müller- und Turmstraße, am Nettelbeckplatz und in der Stromstraße aneinander. In fast jedem Kiez nimmt auch die Zahl der Gaststätten mit Automaten zu.

Seit der Bundestag im Jahr 2006 die Spielverordnung geändert hat und der Senat die „Deregulierung des Gaststättengesetzes“ beschloss, sind alle Dämme gebrochen. Nun gibt es zwar die „erlaubnisfreie Gaststätte“, aber kaum noch rechtliche Möglichkeiten, die Zahl der Spielhallen zu begrenzen.



Besonders perfide: Geldautomat direkt vor der Spielhalle

Spielhallen und Wettbüros schaffen eine ganz Reihe von Problemen: Sie verdrängen andere Läden aus den Einkaufsstraßen und vermindern ihre Attraktivität. Und sie sind ein besonderes Problem für Kinder und Jugendliche und für von Spielsucht bedrohte Menschen. Häufig wird dem Jugendschutz nur formal Rechnung getragen, nämlich mit verklebten Scheiben.

Echte Prävention gegen Spiel- und Wertsucht gibt es dagegen so gut wie gar nicht. Dabei ist Spielsucht kein Nebenproblem, sondern hat schon unzählige Existenzen und Familien zerstört. Oft trifft sie die Schwächsten in der Gesellschaft besonders hart.

Jahrelang haben wir das Bezirksamt unter Druck gesetzt, endlich etwas gegen die Spielhallenplage zu unternehmen. Aber Ordnungs- und Stadtplanungsamt erklärten sich einfach für nicht zuständig. Und das, obwohl es derzeit neben 130 „legalen“ auch noch etwa 260 illegale Spielhallen in Mitte gibt. Andere Bezirke und Kommunen zeigen, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, sich gegen die Spielhallen- und Wettbüro-Plage zu wehren, wenn man nur will. Kontrollen zum Jugendschutz haben trotzdem nur wenige engagierte Quartiersräte durchgeführt. Bebauungspläne, die Spielhallen das Leben schwer machen, wurden lange für unmöglich gehalten.

Doch unser Engagement und das vieler MitstreiterInnen war nicht umsonst. Bereits im Januar dieses Jahres wurde das Berliner Vergnügungssteuergesetz geändert.

Die Gewinnabführung von Spielhallen beträgt jetzt nicht mehr 11, sondern 20

Prozent des Einspielergebnisses. Seit Juni 2011 gibt es endlich auch ein Spielhallengesetz. Neue Spielhallen müssen in Zukunft einen Mindestabstand von 500 Metern zur nächsten Spielhalle oder zu Schulen und Kitas einhalten. Außerdem ist künftig zwischen drei Uhr nachts und elf Uhr morgens eine Sperrzeit vorgeschrieben. MitarbeiterInnen von Spielhallen müssen im Bereich Suchtprävention geschult werden. Wir sind sicher, dass vor diesem Hintergrund keine neuen Spielhallen mehr genehmigt werden (müssen). Die bestehenden haben aber in der Regel noch fünf Jahre Bestandschutz. Es wird also darauf ankommen, dass insbesondere das Ordnungsamt die Spielhallen strikt kontrolliert und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und Auflagen hart ahndet – bis hin zum Entzug der Genehmigung.

Ob unser Kampf gegen Spielhallen in Mitte dauerhaft Erfolg hat, hängt nicht nur von den vorhandenen Gesetzen ab, sondern auch davon, dass die Bezirksverwaltung endlich die Sorge vieler Bürger und Bürgerinnen ernst nimmt. Sie wollen in Mitte leben und nicht in Las Vegas!

KAPITEL IV: ZUKUNFT IN MITTE

Früh übt sich: Bildung in Kitas und Kinderläden

Kinder sind klug. Und Kinder wollen noch klüger werden. Um ihnen dabei zu helfen, brauchen wir gute Kitas, denn sie sind die ersten und deshalb besonders wichtigen Bildungseinrichtungen. Und gute Kitas brauchen genügend und gut ausgebildetes Personal. Personal, das nicht nur beaufsichtigt, sondern individuell fördert, bildet und erzieht.

Aber statt in die Zukunft der Kinder zu investieren, hat der rot-rote Senat die Kitas sträflich vernachlässigt. Erst die Drohung eines erfolgreichen Bürgerbeteiligens für eine bessere Kita-Ausstattung – und auch grüner Druck – hat den Senat langsam in Bewegung versetzt. Doch noch ist zu wenig neues Personal bei „Kindergärten City“ angekommen, dem gemeinsamen Kita-Eigenbetrieb der Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Immer noch ist der Eigenbetrieb unterfinanziert und kann seine anspruchsvollen Konzepte zur Sprachförderung und zur Elternarbeit nur zum Teil umsetzen. Wir unterstützen den Eigenbetrieb und seine Bemühungen um interkulturell ausgebildete ErzieherInnen und um mehr Männer in diesem schönen Beruf.

Kein Kind zurücklassen

Um kein Kind zurückzulassen, müssen wir sozial benachteiligten und behinderten

Kindern einen festen Platz in Mittes Kitas und Kinderläden sichern. Neben kostenlosen Kita-Gutscheinen brauchen wir einen schrittweisen Umbau zu barrierefreien Kitas – mit Rampen und Schrägen, einer Beschilderung mit Symbolen und mit SonderpädagogInnen und SchulhelferInnen. Und, so banal es auch klingen mag, wir müssen Kinder für gesunde Ernährung und Bewegung begeistern und in den Kitas und Kinderläden mit gutem Beispiel vorangehen.

Beim Wechsel auf die Grundschule haben es gerade die Kinder leicht, die körperliche, geistige und soziale Fähigkeiten sowie eine gehörige Portion Motivation mitbringen. Um den Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule zu erleichtern, streiten wir für einen stärkeren Austausch zwischen Kitas, Kinderläden und Grundschulen – und zwar in beide Richtungen.

Teilhabe heißt Deutsch lernen von klein auf

Dort, wo viele Probleme sehen, sehen wir auch Chancen. Denn Mitte ist Heimat vieler verschiedener Lebensweisen, Einstellungen, körperlicher Fähigkeiten und Biografien. Mitte ist allerdings auch das Zuhause von Kinderarmut, bildungsfernen Elternhäusern, Behinderungen

und schlechten Sprachkenntnissen. Damit dies nicht zum Stolperstein wird, müssen wir Sprachdefizite bekämpfen. Deswegen unterstützen wir Einrichtungen, die die deutsche Sprache fördern – ob als Erst- oder Zweitsprache. Wir streiten für Projekte, die Familien stärken, wie z. B. die Familienhebammen. Wir unterstützen Initiativen wie die „Kiezmütter“, die Brücken über Sprachbarrieren schlagen und MigrantInnen für den Kita-Besuch ihrer Kinder begeistern, ihnen Hilfe bei Behördengängen oder im Haushalt anbieten. Erfolgreiche Angebote wollen wir dauerhaft finanzieren und noch besser miteinander verknüpfen.



Lernen kann Spaß machen.

Starke Schulen für starke Kinder und Jugendliche

Gute Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Gute Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Ob aufgewachsen im Wedding, in Moabit oder in Mitte – wir wollen jedem Kind und jedem Jugendlichen die Chance auf eine gute Bildung und beruflichen Erfolg geben. Doch bezirkliche Schulpolitik hat es schwer: Für die meisten Schulangelegenheiten ist der Senat zuständig, der Bezirk verwaltet nur die Schulgebäude. Unbesetzte Hausmeister- oder SekretärInnenstellen darf er oft über Monate nicht nachbesetzen.

Dilemma Schulschließung

In der Vergangenheit mussten viele Schulen im Bezirk schließen, auch weil die Schulgebäude in Mitte oft besonders groß und damit unwirtschaftlich sind.

Schulen in sozialen Brennpunkten dürfen aber nicht geschlossen werden. Deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen die Schließung der Willy-Brandt-Schule am Gesundbrunnen verhindert. In schlecht ausgelasteten Schulen wollten wir zusätzliche Angebote für Kinder und Jugendliche unterbringen. Doch nicht einmal das Jugendamt war bereit, in eine Schule umzuziehen.

Wenn Schulen geschlossen werden, ist es wichtig, Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen rechtzeitig umfassend zu informieren. Der Umzug muss gut vorbereitet werden. Das hat in der Vergangenheit selten geklappt – wie das traurige Beispiel der Fusion von Grips- und Fritzlar-Homberg-Grundschule zeigte. Bei der Schließung der Wartburg-

schule in Moabit wurde endlich unser Konzept der frühzeitigen und ehrlichen Information befolgt – mit Erfolg!

Wettbewerb der Schulen: erwünscht

Auch wenn der bezirkliche Einfluss auf innere Schulangelegenheiten gering ist – wir nutzen jede Chance: So werden auf unsere Initiative die aufschlussreichen Inspektionsberichte der Schulaufsicht inzwischen von fast allen Schulen im Internet veröffentlicht. Und der größte Erfolg der bezirklichen Schulpolitik: Die starren Schuleinzugsgebiete wurden endlich aufgegeben. Jetzt können – erstmalig in Berlin! – Kinder und Eltern unter mehreren Grundschulen wählen. Konkurrenz schadet auch Schulen und ihren LehrerInnen nicht!

Mit ganzer Überzeugung unterstützen wir auch die Initiative, an Weddinger Grundschulen Klassen einzurichten, in denen Kinder, deren Muttersprache Deutsch ist, nicht in der Minderheit sind.

Die Mischung in unserer Gesellschaft muss sich auch in den Klassenzimmern widerspiegeln! Was im Kindergarten noch völlig selbstverständlich ist, ist in der Schule die absolute Ausnahme: das gemeinsame Aufwachsen und Miteinander-Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Schule muss sich auf die Vielfalt aller Kinder und Jugendlichen einstellen. Wir wollen die Forderungen der UN-Konvention über die Rechte von



Weniger Beton ...



... mehr Platz zum Spielen.

Menschen mit Behinderung so schnell wie möglich umsetzen.

Barrierefreiheit, individuelle Förderung und Ausstattung mit dem jeweils passenden Schulmaterial dürfen nicht die Ausnahme, sondern müssen die Regel sein. Umgestalten wollen wir auch die Klassenzimmer und Schulhöfe: Weniger Beton heißt mehr Platz zum Spielen und Toben – und nebenbei praktischer Umweltschutz. Dabei setzen wir uns auch für eine Stärkung des Mitspracherechts der Kinder ein, die selbstverständlich mitreden wollen.

Deutsch lernen heißt dabei sein, nicht außen vor

Egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, rund ein Drittel aller Achtjährigen in Mitte sprechen schlecht Deutsch. Dabei werden in Mitte viele und umfangreiche Sprachförderprogramme angeboten.

Dennoch sind gute Deutschkenntnisse nicht überall zuhause. Sprachförderung muss früh beginnen, in der Schule fortgesetzt werden und bis in die Weiterbildung reichen. Deshalb unterstützen wir die Lesepaten in den Kitas und

Grundschulen in Mitte. Sie bringen den Kleinsten Sprache auf kindgerechte Weise näher und vermitteln Spaß am Lesen.

Wir wollen – in Zusammenarbeit mit dem frisch geschaffenen Sprachförderzentrum des Bezirks – eine unabhängige und gründliche Überprüfung aller Sprachförderprogramme. Ziel ist es, erfolgreiche Projekte gut und auf Dauer zu finanzieren und sie mit anderen Bildungsinitiativen zu verbinden. Damit Sprache verbindet und nicht trennt.

Dazulernen, sich weiterbilden, Neues erfahren

Wir lernen ein Leben lang: zuhause, in Kita und Schule, in Ausbildung oder Beruf und natürlich im Alltag. Für viele Formen der Aus- und Weiterbildung ist der Senat zuständig. Doch mit den Angeboten der Volkshochschule (VHS), den bezirklichen Bibliotheken und der Musikschule gibt es auch auf Bezirksebene jede Menge attraktive Möglichkeiten zur Weiterbildung.

Weiterbildung per VHS

Ob bei Deutsch- oder Italienischkursen, bei Gesangs- oder Fotokursen: Die Volkshochschule in Mitte macht es kostengünstig möglich, ein Hobby zu pflegen oder den Wissensdurst zu stillen. Mit den Deutsch- und Integrationskursen für MigrantInnen bietet die VHS einen wichtigen Baustein zur erfolgreichen Integration an. Die vielfältigen und

attraktiven Angebote zur Weiterbildung wollen wir gemeinsam mit der VHS ausbauen, um insbesondere auch für SeniorInnen mehr passende Kurse anbieten zu können.

Bibliotheken zukunftsfähig machen!

Die acht Bibliotheken in Mitte erfreuen sich großer Beliebtheit. Mit dem Ausbau der Bibliothek am Leopoldplatz wird das Angebot noch erweitert. Damit die Bibliotheken attraktiv bleiben, muss die Online-Nutzung von Medien überall angeboten werden. Zu attraktiven Bibliotheken gehören längere Öffnungszeiten, sonst bleiben für viele Interessierte die Türen verschlossen. Das lässt sich – die Einführung eines elektronischen Ausleihsystems macht es möglich – auch ohne zusätzliches Personal bewältigen. Und mit Fördermitteln der Europäischen

Union wollen wir die Schulbibliotheken wieder beleben und die Kooperation zwischen Grundschulen und Bibliotheken stärken und ausbauen, um Lesekompetenzen zu fördern.

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung fördert Sprachkompetenz und hilft, eigenständig Probleme zu lösen. Kulturelle Bildung schafft Wissen über Geschichte, Kultur und gesellschaftliche Werte und fördert ein selbstbestimmtes Leben. Wir unterstützen das Konzept der „Kulturellen Bildung“, mit

Nicht ohne unsere Jugend!

Mitte ist jung und voll von wissbegierigen jungen Menschen. Um ihrer natürlichen Neugier nachzugehen, brauchen Kinder und Jugendliche Orte, an denen sie kreativ und aktiv sein können. Dafür wollen wir in Mitte bestehende Angebote erhalten und weiterentwickeln. Trotz knapper Kassen wollen wir verlässliche und beständige Strukturen in den Kinder- und Jugendprojekten. Dazu gehören auch die Ferienreisen für Kinder aus einkommensschwachen Familien. In der BVV haben wir durchgesetzt, dass die Kürzungen der letzten Jahre zumindest teilweise zurückgenommen wurden.

Um der Vielfalt der Bedürfnisse und den Wünschen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, brauchen wir eine gute Mischung aus öffentlichen und freien, großen und kleinen Trägern. Wenn

dem Angebote in Kitas, (Musik-)Schulen, Bibliotheken, Verwaltung und Initiativen verbunden werden, um mehr Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Kiezen zu erreichen. Das Jugendkulturhaus in der Schönwalder Straße oder das Atze-Theater zeigt: Wenn alle Verantwortlichen zusammenarbeiten, können wir die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel gezielt und wirkungsvoll einsetzen.

wir als Bezirk Jugendarbeit an Freie Träger ausschreiben, müssen sie hohe Qualitätsstandards einhalten und ihre MitarbeiterInnen gerecht bezahlen. Und wir müssen regelmäßig prüfen, ob die Angebote bei den Kindern und Jugendlichen ankommen und ihre Ziele erreichen.

Kinder und Jugendliche wissen, wo's langgeht

Kinder und Jugendliche kennen selbst am besten ihre Bedürfnisse. Deshalb wollen wir sie mitentscheiden lassen, z. B. über Programm und Öffnungszeiten von Jugendeinrichtungen. Mitte ist bereits wegweisend in der Kinder- und Jugendbeteiligung bei Bauvorhaben. Diese Beteiligung soll im Bezirk zur Selbstverständlichkeit werden, in Schule und Quartiersmanagement, bei Hilfen zur

Erziehung und auch sonst in der Bezirks-politik.

Innerhalb von Jugendprojekten sollen junge Menschen über einen eigenen Etat als Kinder- und Jugendjury bestimmen.

Jugendarbeit ist Bildungsarbeit

In Mitte herrscht die größte Kinderarmut in Berlin. Damit kein Kind von Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten ausgeschlossen wird, wollen wir für alle offene

Zuhause in Berlin-Mitte

Fast die Hälfte von uns sind MigrantInnen oder deren Kinder, mit Wurzeln in den USA, Polen, Italien, Vietnam oder der Türkei. Viele weitere sind von Oder, Neckar oder Elbe nach Berlin gezogen. Das macht Mitte so vielfältig, stellt den Bezirk und die Menschen hier aber auch vor Herausforderungen.

Um einen Bezirk zu schaffen, in dem alle zuhause sind, braucht es eine gute Integrationspolitik. Viele Weichen dafür muss der Senat stellen, wie z. B. das kommunale Wahlrecht für BürgerInnen, die jenseits der EU-Grenzen geboren wurden. Aber vieles kann auch der Bezirk in Angriff nehmen: angefangen von besserer Sprachförderung über eine Öffnung der Verwaltung für alle Kulturen und Migrationsbiografien, eine bürgerfreundliche Einbürgerung, bis hin zu einer gut abgestimmten Sozialpolitik im Kiez.

und kostenfreie Angebote, auch an Abenden und Wochenenden. Gegen Vernachlässigung und Verarmung hilft vor allem eines: Bildung. Jugendeinrichtungen sind kompetente Partner, um Bildung überall im Kiez zu unterstützen. Dafür müssen Schulen und Jugendprojekte kooperieren. Schulen müssen sich als ein Teil des Kiezes und seiner Bildungslandschaft verstehen.

Jugend ist Zukunft! Wir investieren in unsere Zukunft!

Damit aber nicht alle getrennt voneinander an besserer Integration basteln, haben wir in den letzten zwei Jahren dafür gestritten, dass sich der Bezirk endlich in einem Integrationsprogramm auf gemeinsame Ziele verständigt und zwar über Politikfelder und Ausschüsse hinweg!

Dazu gehört auch, dass wir den Austausch zwischen den Religionen auch auf der Bezirksebene verstärken.

Deutsch sprechen heißt dabei sein

Unabhängig von ihrer Herkunft sprechen über ein Drittel aller Achtjährigen in Mitte schlecht Deutsch. Schlechte Deutschkenntnisse nehmen den Menschen die Möglichkeit, an der Gesellschaft teilzunehmen und ihre Ziele in Schule und Beruf zu erreichen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ein Sprachförderzentrum

im Bezirk geschaffen wurde. Es soll gute Ideen verbreiten, fortbilden und Hilfe anbieten bei der Sprachförderung in Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen. Und wir werden in Zukunft dafür sorgen, dass das Sprachförderzentrum wissenschaftlich begleitet wird, um gute Qualität zu sichern.

Wir setzen uns ein für mehr PädagogInnen in der Sprachförderung, also in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen des Bezirks. Sprache fördern heißt Deutsch lernen, es heißt aber auch, die Muttersprache zu stärken. Denn spreche ich eine Sprache gut, lerne ich die zweite viel schneller. Damit wollen wir schlechte Deutschkenntnisse und doppelte Halbsprachigkeit bei Kindern endlich ins Abseits verbannen! Projekte wie die Integrationslotsen oder die Stadtteilmütter helfen Menschen, die mit der Sprache unsicher sind, bei Behördengängen, der Schulauswahl und dem Arztbesuch. Diese Projekte sind wichtig, und wir wollen sie dauerhaft finanzieren.

Mitte – Heimat der Vielfalt

Die Menschen im Herzen Berlins sind unterschiedlich: Ob alt oder jung, mit oder ohne Behinderung, gläubig oder nicht, mit oder ohne deutsche Wurzeln, männer- oder frauenliebend, alle gehören dazu.

Diese Vielfalt macht unsere Stadt und unseren Bezirk so interessant. So bunt und vielfältig soll auch die Verwaltung

Verwaltung für und mit allen!

Bis dato arbeiten viel zu wenige Menschen mit Migrationsbiografien im Bezirksamt Mitte und der restlichen Verwaltung. Wir machen uns dafür stark, dass sich die Verwaltung interkulturell weiterbildet und die Anzahl der MitarbeiterInnen mit Migrationsbiografien stark angehoben wird. Auch in der Verwaltung sollen alle dazugehören.

Hilflosen Hilfe leisten

Wir wollen die Straßensozialarbeit im Bezirk mit und für Roma verstärken und setzen uns ein für Projekte, die Flüchtlingen ohne Aufenthaltsstatus helfen – ob beim Arztbesuch oder bei der Suche nach einer Wohnung. Gerade die Schwächsten, die sich in unserer Stadt besonders fremd fühlen, dürfen wir nicht im Stich lassen.

werden. Dafür brauchen wir vollständig barrierefreie Amtsräume und die Sicherheit, dass niemand benachteiligt wird, weil er anders ist als sein Gegenüber. Wir wollen mit entsprechenden Weiterbildungen dafür sorgen, dass die MitarbeiterInnen der Verwaltung die Vielfalt im Bezirk konstruktiv nutzen können.

Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

Angefangen von der Arbeitskultur in der Verwaltung über Rollenbilder von gestern bis hin zur geringen Anzahl von Frauen in Führungspositionen: Es ist noch viel zu tun! Wir wollen auch in der Verwaltung flexible Arbeitszeiten, damit Männer wie Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Wir unterstützen den „Girls‘ Day“ und den „Boys‘ Day“, um junge Frauen und Männer für Berufe zu interessieren, die bisher als „typisch männlich“ oder „typisch weiblich“ gelten. Wir wollen, dass altbackene Rollenbilder früh und konsequent über Bord geworfen werden. Deshalb befürworten wir eine geschlechtersensible Ausbildung und Weiterbildung von PädagogInnen. Und wir machen uns stark für Programme, die Frauen dabei unterstützen, in Führungspositionen zu kommen.

Rote Karte für Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit

Bereits 2010 haben wir einen Aktionsplan gegen Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit erstellt, den die Bezirksverwaltung jetzt umsetzt. Aufklärung in Jugend- und Kultureinrichtungen, Schulen und Sportvereinen trägt dazu bei, dass Vorurteile gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern abgebaut werden.

Nein zu Rassismus!

Auch in Mitte versuchen rechte PolitikerInnen, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen, um Mehrheiten für ihre politischen Ziele zu erreichen. Wir sind Teil eines bezirksweiten Bündnisses gegen Rechtsextremismus und klären auf, um rassistischen Übergriffen, anti-jüdischen und anti-islamischen Angriffen Einhalt zu gebieten. Für Vorurteile, Herabwürdigung und Rassismus ist in Mitte kein Platz!

Sportflächen erhalten und sichern!

In den letzten Jahren ist im Bezirk Mitte viel Geld in den Neubau von Sportanlagen (z. B. im und um das Poststadion) und in die Sanierung einiger weniger Sporthallen investiert worden. Aber der bauliche Zustand der meisten Sporthallen und einiger Außensportanlagen ist nach wie vor mangelhaft. Umso wichtiger ist es, die zweckgebundenen Zuschüsse zur Sanierung und Instandhaltung von Sportanlagen besser zu nutzen. Es darf nicht dazu kommen, dass der Sanierungsstau bei Schul- und Vereinssportanlagen in den kommenden Monaten und Jahren zu Schließungen führt.

Sportvereine und Freizeitsport

Wir wollen die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung im Bezirk beschleunigen. Mädchen und Frauen, Menschen mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose sollen einen leichteren Zugang zu Sport und Bewegung bekommen. Besonders wichtig ist uns, Menschen mit Behinderungen das sportliche Mitmachen zu erleichtern. Wir wollen den Ausbau barrierefreier Sportstätten und Sportangebote vorantreiben. Gleiches gilt für die Bewegungs- und Spielangebote im Vorschulbereich.

In Mittes Sportanlagen haben der Sportunterricht der öffentlichen Schulen sowie die bestehenden Sportorganisationen Vorrang. Doch nicht jede/r mag sich in einem Sportverein organisieren, und

private Freizeitsportler kommen oft zu kurz. Um ihnen den Zugang zu erleichtern, können wir die Auslastung der Sportflächen verbessern. Mit einer besseren Planung und computergestützten Verfahren wollen wir die optimale Nutzung von Trainings- und Wettkampfstätten möglich machen und die bezirklichen Sportanlagen zu mindestens 90 % auslasten.

Ersatz für das frühere Sommerbad Poststadion vor dem Aus!

Im Jahr 2002 wurde das Sommerbad am Poststadion geschlossen. Statt der grünen Oase blieben nur das Hallenbad und eine kleinen Liegefläche ohne Schattenplätze.

Viele Jahre haben wir uns für Sanierung und Wiederöffnung des Sommerbades eingesetzt, mit unzähligen Anträgen in der BVV und einem – knapp gescheiterten – Bürgerbegehren. Jahrelang gab es nur laue Absichtserklärungen und kuriose Investorenlösungen, und trotz des grünen Widerstandes wurde die große Liegewiese den Berliner Bäder-Betrieben (BBB) übereignet. Anstatt der Bevölkerung diese Fläche mit den herrlichen Bäumen zurückzugeben, macht der rotrote Senat Politik an der BVV und den Menschen vorbei und setzt die Priorität auf Einnahmen aus der Verpachtung als Campingplatz.



Kein Ersatz für ein Sommerbad: Liegewiese des Seydlitzbades

Mit dem Konzept „Hallenbad Plus-Plus“ sollte wenigstens ein kleiner Ersatz für das geschlossene Sommerbad geschaffen werden. Die derzeitige Liegewiese sollte vergrößert und eine Kinderplansche sowie ein Außenschwimmbaden mit einer 25-Meter-Bahn (statt der ursprünglichen 50 Meter!) gebaut werden. Dafür standen Mittel in Höhe von 1,35 Millionen Euro aus dem Programm „Stadtumbau West“ zur Verfügung.

Aber statt zu bauen, haben der rot-rote Senat und der Aufsichtsrat der Bäder-Betriebe – mit dem ehemaligen Jugendstadtrat von Mitte, Herrn Fritsch (Die Linke)! – die Mittel verfallen lassen,

angeblich wegen zu hoher Personal- und Betriebskosten. Dabei haben die Bäder-Betriebe intern einen Gewinn durch das neue Becken errechnet. Der Bezirk wäre daher bereit gewesen, das Betriebsrisiko zu tragen.

Auch über die eigentlich irrwitzige Forderung, dass der Bezirk Eigentümer des Beckens bleibt und die dafür notwendige Fläche von den Bäder-Betrieben zurückpachtet, hat das Bezirksamt ernsthaft diskutiert. Doch unter Führung des Senats hat sich der Aufsichtsrat der Bäder-Betriebe in seiner letzten Sitzung nicht einmal mit dem Vorschlag des Bezirks befasst!

Das Dogma „Ein einmal geschlossenes Sommerbad machen wir nicht mehr auf“ ist der Landesregierung wichtiger als die Nutzung von Fördermitteln in Millionenhöhe und die Bedürfnisse von Kindern und Familien mit wenig Einkommen.

GRÜN WIRKT – EINE BILANZ

Stephan von Dassel, Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste, über die Erfolge grüner Politik in schwierigen Zeiten.

Wachsende soziale Probleme, kein Geld, überaltertes Personal ... Was kann grüne Politik unter solchen Bedingungen überhaupt verbessern?

Die Herausforderungen insbesondere in der Sozialpolitik sind gewaltig – nicht nur in Berlin-Mitte. Natürlich kann ich auf Bezirksebene Probleme wie Arbeitslosigkeit, Bildungsferne und mangelnde familiäre Fürsorge nicht im Alleingang lösen. Aber ich kann wichtige Akzente setzen, auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen und die Sorgen und Anregungen der BürgerInnen ernst nehmen.

Was heißt das konkret?

Ein Beispiel ist unser Ehrenamtsbüro. Alle sind sich einig: Unsere älter werdende Gesellschaft braucht noch mehr bürgerschaftliches Engagement. Doch das erfordert auch entsprechende Strukturen. Nach der Gründung unseres Ehrenamtsbüros ist die Zahl der Mitglieder unserer ehrenamtlichen Sozialkommissionen um 25 Prozent gestiegen!

Schrittweise verschieben wir zudem die Prioritäten hin zu kontinuierlichen Alltagshilfen.



Stephan von Dassel
Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste

Soll das Ehrenamt die staatliche Fürsorge ersetzen?

Nein! Aber angesichts des demographischen Wandels wird der Bezirk nicht jede wünschenswerte Hilfe leisten können. Ohne familiäre und nachbarschaftliche Solidarität ist unsere Gesellschaft nicht lebenswert.

Wenn Menschen Pflege brauchen, müssen sie sie bekommen. Mir leuchtet bloß nicht ein, dass auch für jeden Einkauf und jede Begleitung zum Arzt ein teurer Pflegedienst engagiert werden muss – zumal das Geld für die vor Ort Beschäftigten kaum zur Hälfte er-reicht. Hier ist bürgerschaftliches Engagement gefragt – von dem es reichlich gibt, wie nicht zuletzt die von mir initiierte SeniorInnenumfrage gezeigt hat. Praktische Solidarität ist

manchmal besser und wirkungsvoller als staatliche Versorgung.

Stichwort Pflege: Schlagzeilen macht der Bezirk Mitte vor allem durch seinen Kampf gegen Missbrauch in der Pflege.

Die Mehrheit der Pflegeunternehmen leistet gute und verantwortungsbewusste Arbeit. Aber in den letzten Jahren sind falsche Abrechnungen, vorgespülte Pflegebedürftigkeit, minderwertige Leistungen zu Lasten der Pflegebedürftigen bis hin zur medikamentösen Ruhigstellung dramatisch gestiegen. Der Senat erklärt sich für nicht zuständig. Die Augen vor Problemen zu schließen, ist nicht grüne Politik. Wir kontrollieren mehr, haben ein anonymes „Pflegetelefon“ installiert und einen Runden Tisch von Verwaltung, Justiz, Polizei und Pflegekassen initiiert. Geld, das der Bezirk für Pflege ausgibt, muss den Pflegebedürftigen zugutekommen. Betrug und windige Geschäftemacherei unter dem Deckmantel des Sozialen dulden wir nicht!

Letztendlich hängt in der Sozialpolitik aber doch fast alles am Geld?

Natürlich spielen die Kosten eine Rolle – schließlich machen die Sozialausgaben rund die Hälfte des Bezirksetats aus. Die Beschränkung der Sozialleistungen auf das Lebensnotwendige fällt weder den Betroffenen noch einem engagierten grünen Politiker leicht. Aber es ist auch

eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass die Supermarktkassiererin, die inzwischen selbst am Wochenende bis spätabends arbeiten muss, besser gestellt ist als jemand, der Sozialleistungen bekommt. Deswegen sind faire Löhne besonders in den unteren Einkommensklassen so wichtig.

Negative Schlagzeilen hat in den letzten Jahren vor allem das Jobcenter Mitte gemacht.

Leider! Im Jahr 2010 wurden mehr als 16 Millionen Euro nicht ausgegeben, die für Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Auch in diesem Jahr drohen wieder mehrere Millionen Euro an den Bundesfinanzminister zurückgegeben zu werden, statt arbeitslose Menschen zu qualifizieren. Ich habe sehr früh auf diesen Skandal hingewiesen und viele Vorschläge gemacht, wie das Geld sinnvoll ausgegeben werden kann.

Passiert ist aber wenig!

Mit dem neuen Geschäftsführer, der viele Jahre das Jobcenter Bremen geleitet hat, ging ein Ruck durchs Jobcenter. Insbesondere die vielen konstruktiven Vorschläge des Bezirksamts werden endlich aufgegriffen. Als Vorsitzender der sogenannten Trägerversammlung hat man leider wenig Einfluss auf die tägliche Arbeit im Jobcenter. Die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik liegt – seit dem

1.1. 2011 noch viel stärker – bei der Agentur für Arbeit. Deren Priorität liegt zu sehr in der Erfüllung abstrakter und aus der Zentrale in Nürnberg vorgegebener Kennzahlen statt sicherzustellen, dass das Geld bei den arbeitslosen Menschen auch ankommt.

Das Jobcenter bleibt also eine große Baustelle?

Ja, aber wesentliche Verbesserungen hat es auch gegeben. Nach Jahren der völligen Unterbesetzung hat das Jobcenter fast seine Personalsollstärke erreicht. Die Widerspruchsbearbeitung ist deutlich schneller geworden, die telefonischen Auskünfte und die Internetinformationen wurden verbessert, Beschwerden sind online möglich und für die MitarbeiterInnen finden regelmäßig Info-Tage zum Thema Migration statt. Vieles wäre ohne mein hartnäckiges Insistieren nicht gelungen.

Das Jobcenter soll auch umziehen – wann ist es denn so weit?

Der Beschluss, den Standort Sickingenstraße aufzugeben und – neben dem U25-Bereich in der Lehrter Straße – in drei kleine, dezentrale Jobcenter zu ziehen, bedeutet einen Riesenfortschritt. Auch das war ein Vorschlag des Bezirks, den die Agentur für Arbeit aber sehr konstruktiv aufgegriffen hat. Leider wird der Umzug wohl nicht vor dem Sommer 2012 vollzogen sein.

Gegen die Herkulesaufgabe Jobcenter wirkt die Weiterentwicklung der Bürgerämter geradezu einfach.

Unsere Bürgerämter sind die mit der größten Publikumsnachfrage in Berlin und scheinen trotz der aktuellen Schwierigkeiten am besten zu funktionieren. Ob neues Servicetelefon, Online-Terminvereinbarung, Sozialpass, neuer Personalausweis: Ständig gibt es neue und zusätzliche Aufgaben, die schon nach wenigen Tagen ohne Probleme bewältigt werden. Und in den Spätsprechstunden am Dienstag und Donnerstag wird dort klaglos auch weit über das eigentliche Dienstende hinaus gearbeitet.

Ohne motivierte und kompetente MitarbeiterInnen ist jeder Stadtrat verloren, oder?

Die MitarbeiterInnen sind der „Rohstoff“ der Verwaltung. Doch dieser Rohstoff fehlt immer mehr. Meine MitarbeiterInnen in der Grundsicherung müssen teilweise annähernd 300 Akten bearbeiten – da bleiben pro Fall rund 8 Minuten in der Woche. Das ist nicht zu leisten, zumal wenn viele MitarbeiterInnen über 50 Jahre alt sind und nicht mehr so belastbar wie mit 25. Kostenkontrolle im Sozialbereich kann nur mit einer ausreichenden Zahl von MitarbeiterInnen und vernünftigen Arbeitsbedingungen geschehen. Hier zu investieren rechnet sich für den Staat!

Ist es in einer solchen Situation überhaupt möglich, MitarbeiterInnen zu motivieren?

Die sehr große Mehrheit der MitarbeiterInnen ist motiviert und engagiert und verhält sich gegenüber den BürgerInnen kompetent und korrekt – auch dann, wenn es insbesondere im Sozialamt ganz schön schwierige KundInnen gibt. Ich versuche meine Wertschätzung den MitarbeiterInnen gegenüber so oft wie möglich auszudrücken – von der Nikolausüberraschung an der Türklinke bis zur Bestellung eines Eiswagens an einem heißen Sommertag auf meine Kosten.

Und was ist der Höhepunkt im Leben eines Stadtrats für Soziales und Bürgerdienste?

Die Verleihung des Ehrenamtspreises, wenn es gelingt, Sponsoren für soziale Zwecke zu finden – wie z.B. 20.000 Euro aus dem Neujahrskonzert der bayeri-

schen Landesvertretung zugunsten eines Projekts für wohnungslose Frauen, und natürlich unsere Einbürgerungsfeiern.

Neben einem kleinen Empfang am Ende der Feier können jetzt alle eingebürgerten Menschen erzählen, warum sie Deutscher oder Deutsche werden wollten. Das ist oft sehr, sehr berührend. Und es ist toll so anschaulich zu erleben, um wie viel reicher Deutschland mit Menschen wird, die auch eine andere Kultur in sich haben. An diesen Tagen weiß ich besonders gut, warum ich diesen Job so gerne mache.

UNSER TEAM FÜR MITTE



1. Andrea Fischer
Beraterin
51 Jahre



8. Christian Beck
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter
29 Jahre



2. Stephan von Dassel
Stadttrat
44 Jahre



9. Dagmar Müller
Rechtsanwältin
33 Jahre



3. Jutta Schauer-Oldenburg
Krankenschwester
73 Jahre



10. Tilo Siewer
Rechtsanwalt
36 Jahre



4. Frank Bertermann
Facility-Manager
49 Jahre



11. Dania Röpke
Referentin
26 Jahre



5. Dorina Kunzweiler-Holzer
Projektleiterin
30 Jahre



12. Wolfgang Lehmann
Rentner
67 Jahre



6. Marc Urbatsch
Unternehmer
34 Jahre



13. Sabrina Mallwitz
Angestellte
47 Jahre



7. Signe Stein
Architektin
51 Jahre



14. Martin Zierold
Gebärdensprachdozent
26 Jahre

15. Jenny Neubert

Studentin, 24 Jahre

16. Eckhard Engert

Bundesbeamter, 59 Jahre

17. Franziska Briest

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, 28 Jahre

18. Farhad Ahma

Angestellter, 37 Jahre

19. Monika Arnholdt-Esche

Angestellte, 62 Jahre

20. Carl Christian Müller

Rechtsanwalt, 39 Jahre

21. Ann-Christin Weber

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, 31 Jahre

22. Bern Schepke

Rechtsanwalt, 42 Jahre

23. Alexandra Kohl

Supervisorin, 42 Jahre

24. Michael Betz

Angestellter, 44 Jahre

25. Vimbai Chiwuswa

Studentin, 33 Jahre

26. Johannes Schneider

Student, 24 Jahre

27. Doris Ullrich

Rechtsanwältin, 61 Jahre

28. Isa Elmas

Informatiker, 47 Jahre

29. Ulrike Bürgel

Studentin, 26 Jahre

30. Markus Röhling

Historiker, 42 Jahre

31. Sybille Ludwig

Autorin, 60 Jahre

32. Amar Sven Samdan

Student, 23 Jahre

33. Ingrid Ochse

IT-Beraterin, 47 Jahre

34. Jörn Hanusch

Unternehmer, 32 Jahre

35. Rita Keil

Lehrerin, 62 Jahre

36. Christoph Melzer

Reiseveranstalter, 57 Jahre

37. Angelika Medenbach

Lehrerin, 54 Jahre

38. Hans-Christian Mrowietz

Angestellter, 29 Jahre

39. Lea Belsner

Campaignerin, 28 Jahre

40. Daniel Gollasch

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, 28 Jahre

WAHLKREIS I: RAMONA POP



Alter: 33 Jahre

Geburtsort: Timisoara, Rumänien

Schwerpunkt: Arbeitsmarktpolitik

Landeslistenplatz: 2

Seit 2001 im Abgeordnetenhaus, Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin

ramona.pop@gruene-mitte.de



WAHLKREIS II: Silke Gebel



Alter: 27 Jahre

Geburtsort: Ostfildern Ruit

Schwerpunkt: Europa- und
Wirtschaftspolitik

Landeslistenplatz: 27

silke.gebel@gruene-mitte.de



WAHLKREIS III: Tilo Siewer



Alter: 36 Jahre

Geburtsort: Siegen

Schwerpunkt: Kultur, Bildung,
Integration

tilo.siewer@gruene-mitte.de



WAHLKREIS IV: Martin Beck



Alter: 52 Jahre
Geburtsort: Berlin
Schwerpunkt: Förderung
benachteiligter Menschen
Landeslistenplatz: 24

martin.beck@gruene-mitte.de



WAHLKREIS V: Daniel Gollasch



Alter: 28 Jahre
Geburtsort: Leipzig
Schwerpunkt: Demokratiep politik,
Rechtsextremismus, Integration
Landeslistenplatz: 68

daniel.gollasch@gruene-mitte.de



WAHLKREIS VI: Alessa Berkenkamp



Alter: 29 Jahre
Geburtsort: Troisdorf
Schwerpunkt: Geschlechterpolitik
Landeslistenplatz: 31

alessa.berkenkamp@gruene-mitte.de



Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Bezirksgruppe Berlin-Mitte

Hessische Straße 10
10115 Berlin

Telefon: 030 4508 2818
Fax: 030 4508 2820

www.ja-mitte.de
www.gruene-mitte.de
mitte@gruene-berlin.de

Redaktion: Stephan von Dassel, Tilo Fuchs
Korrektorat: Heike Kähler

Bilder: Michael Böttlich, Henning Bublitz, Daniel Gollasch, Sibylle Ludwig
Layout und Titelgraphik: Henning Bublitz







WWW.JA-MITTE.DE

WWW.FACEBOOK.COM/GRUENE-MITTE

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bezirksgruppe Berlin-Mitte**

Hessische Straße 10
10115 Berlin

Telefon: 030 4508 2818
Fax: 030 4508 2820

mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de

